

FÜR DEN AUFSCHWUNG IN HESSEN

Programm der CDU Hessen
für die Landtagswahl 1983

21204 146 - 2 Hessen
August 1983

CDU 
besser für Hessen!

Programm für den Aufschwung in Hessen

Am 25. September 1983 wird der Hessische Landtag neu gewählt. Für unser Land ist das ein wichtiges Ereignis. Denn vom Ausgang der Wahl wird abhängen, ob die Politik des Aufschwungs, die in Bonn erfolgreich eingeleitet worden ist, in Hessen Unterstützung findet. Die CDU bittet die Wähler in Hessen darum, dem Land eine stabile Regierung unter Führung der Union zu geben. Denn nur auf diese Weise können die notwendigen Entscheidungen in der Wirtschafts- und Energiepolitik, in der Finanzpolitik und für das Bildungswesen getroffen werden, die unser Land jetzt braucht.

Die "große Politik" wird in Bonn gemacht - aber überall kann dazu beigetragen werden, alle Kräfte auf das gleiche Ziel zu bündeln: Den wirtschaftlichen Wiederaufschwung zu schaffen, die Arbeitslosigkeit zurückzuführen und jungen Menschen Zukunftschancen zu geben.

Dazu ist die SPD nicht in der Lage. Es fehlt ihr an programmatischer Klarheit und politischer Führung. Die von vielen in der SPD gewünschte Verbindung mit den Grünen würde eine Vertrauenskrise weit über die Grenzen Hessens hinaus auslösen. Vertrauen in die Zukunft aber ist gerade das Wichtigste, das wir alle gemeinsam jetzt brauchen, um die Probleme zielsicher und Schritt für Schritt lösen zu können.

Mit ihrem soliden und sachkundigen "Programm für den Aufschwung in Hessen" empfiehlt sich die CDU ihren Mitbürgern als die politische Kraft, die die vor uns liegenden Jahre am besten bewältigen kann. Die CDU unternimmt dies ohne Überheblichkeit, im Bewußtsein auch ihrer eigenen Grenzen, aber mit einem sicheren Versprechen: Unermüdlich, sachkundig und gerecht arbeiten zu wollen.



(Dr. Walter Wallmann)
Landesvorsitzender
der CDU-Hessen

I N H A L T S O B E R S I C H T

	Einleitung	Seite
I.	<u>Den Aufschwung fördern - die Finanzen sanieren</u>1	1
	1. Neue Arbeitsplätze durch wirtschaftlichen Aufschwung..1	1
	2. Mehr Freiheit - weniger Staat.....3	3
	3. Sanierung des Landeshaushaltes.....4	4
	4. Reform des Finanzausgleichs.....5	5
II.	<u>Mut zur Entscheidung bei Zukunftsfragen</u>6	6
	1. Für die friedliche Nutzung der Kernenergie.....6	6
	2. Für den Ausbau des Frankfurter Flughafens.....7	7
	3. Für den zügigen Ausbau wichtiger Verkehrsprojekte....8	8
	4. Für die Verwirklichung von Umweltschutzprojekten.....9	9
III.	<u>Jahrhundertaufgabe Umweltschutz</u>11	11
	1. Qualität der Oberflächengewässer verbessern.....11	11
	2. Schutz und Bewahrung der Grundwasserreserven.....12	12
	3. Anreize und Kontrollen zur Schaffung umweltfreundlicher Produktionsanlagen.....13	13
	4. Den Wald erhalten.....14	14
	5. Natur- und Landschaftsschutz - eine Verpflichtung für alle.....15	15
IV.	<u>Lebenswerter ländlicher Raum</u>16	16
	1. Für die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur....16	16
	2. Festigung der wirtschaftlichen Stellung der Landwirtschaft	
	3. Die Verantwortung der Land- und Forstwirtschaft für den Umweltschutz.....18	18

V.	<u>Kultur und Bildungspolitik</u>20	20
	1. Kurskorrektur im Bildungswesen notwendig.....20	20
	2. Das Schulsystem vernünftig gliedern.....22	22
	3. Solide Lehrpläne statt Rahmenrichtlinien.....23	23
	4. Praxisorientierte Lehrerbildung.....23	23
	5. Elternrecht durchsetzen.....24	24
	6. Schulaufsicht neu ordnen.....25	25
	7. Mehr Gestaltungsfreiheit für Schulträger.....25	25
	8. Vorrang für die Grundschulen.....26	26
	9. Sonderschulen - Chancen für Behinderte.....27	27
	10. Keine Zwangsförderstufe.....27	27
	11. Eigenwert der Hauptschule stärken.....28	28
	12. Realschulen aufwerten.....29	29
	13. Das Gymnasium als pädagogische und organisatorische Einheit erhalten.....29	29
	14. Freie Schule fördern.....30	30
	15. Berufliche Bildung ausbauen.....30	30
	16. Erwachsenenbildung.....31	31
	17. Freie und leistungsfähige Universitäten.....32	32
	18. Fachhochschulen mit Praxisbezug.....33	33
	19. Mehr Aufmerksamkeit für die Aufgaben der Kunst- und Kulturpflege.....34	34
VI.	<u>Soziale Ordnung, Arbeitswelt und Familie</u>35	35
	1. Sicherung der Beschäftigung.....36	36
	2. Wende in der Wohnungspolitik notwendig.....36	36
	3. Mehr Vertrauen in die Arbeit der freien Träger.....38	38
	4. Sicherung der Familie.....39	39
	5. Offensive für die Frau.....40	40
	6. Ältere Mitbürger in unserer Gesellschaft.....41	41
	7. Mehr Zukunftschancen für unsere Jugend.....42	42
	8. Aktionsprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit...43	43
	9. Sportförderung ist öffentliche Aufgabe.....44	44
	10. Für eine bedarfsgerechte Gesundheitspolitik zu tragbaren Kosten.....45	45
	11. Behinderte sind Partner.....46	46
	12. Die Kriegsveteranen und Hinterbliebenen sind nicht vergessen.....47	47
	13. Bekämpfung des Alkohol-, Medikamenten- und Drogenmißbrauchs.....47	47

14. Hessen:Heimat für Flüchtlinge, Heimatvertriebene und Aussiedler.....	48
VII. <u>Ausländer in Hessen.....</u>	50
1. Grundsätze der Ausländerbeschäftigungspolitik.....	50
2. Ausländerkinder in der Schule.....	51
3. Eingliederungsbedingungen für Ausländer und ihre Familien.....	53
4. Asylmißbrauch unterbinden und Verfahren beschleunigen...54	
VIII. <u>Recht , Sicherheit und öffentliche Verwaltung.....</u>	56
1. Die Freiheit der Bürger durch Sicherheit garantieren....56	
2. Den Bürgern wirksamer und schneller zur ihrem Recht verhelfen.....	57
3. Eignung, Leistung und Verfassungstreue im öffentlichen Dienst.....	59
4. Den Schutz des Bürgers gegen äußere Gefahren verbessern.59	
5. Mehr Wahlfreiheit in der Medienlandschaft.....	60
IX. <u>Hessen als Teil Deutschlands.....</u>	61
1. Aufgabenerweiterung für die Bundesländer.....	61
2. Sicherung des Friedens in Freiheit.....	61
3. Den Gedanken der Wiedervereinigung wachhalten.....	63

Den Aufschwung fördern – die Finanzen sanieren

Nach Jahren einer schweren Krise beginnt die hessische Wirtschaft, wieder Tritt zu fassen. Bereits im Winter stiegen die Aufträge im Baunauptgewerbe sprunghaft an. Auch im verarbeitenden Gewerbe hat sich die Auftragslage verbessert. Vom Außenhandel gehen wieder positive Impulse auf die hessische Wirtschaft aus. Die Zahl der Arbeitslosen, wenn auch immer noch auf hohem Niveau, geht zurück. Die Geldentwertung ist gestoppt. Die richtigen wirtschafts- und finanzpolitischen Weichenstellungen der neuen Regierung in Bonn haben auf breiter Front zu Zinssenkungen geführt. Das Vertrauen in die wirtschaft- und arbeitsplatzfördernden Maßnahmen der Bundesregierung und in ihren von den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft bestimmten Kurs hat bei Wirtschaft und Verbrauchern zu positiven Zukunftserwartungen geführt und damit eine wesentliche Voraussetzung für den Aufschwung geschaffen. Dies ist das beste Beschäftigungsprogramm.

1. Neue Arbeitsplätze durch wirtschaftlichen Aufschwung

Die CDU Hessen unterstützt die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Sie wird alles tun, um die Investitionsbereitschaft der hessischen Wirtschaft zu fördern. In staatlichen Ausgabenprogrammen alten Stils sieht die CDU Hessen kein wirksames Mittel zur Arbeitsplatzbeschaffung. Sie sind auch angesichts der Schuldenhöhe von Bund, Ländern und Gemeinden allenfalls in begrenztem Umfang möglich und könnten alleine keine wirksame Abhilfe schaffen. Um die Lage am Arbeitsmarkt weiter zu verbessern und die hessische Wirtschaft wieder auf Vollbeschäftigungskurs zu bringen, müssen vielmehr die Privatinitiative weiter belebt und Hindernisse beseitigt werden, die die Produktivität und die Entfaltung der Wirtschaft einschränken. Dazu gehören:

- Eine stetige, kalkulierbare, an den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft orientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bund und Land.
- Unterstützung der politischen Voraussetzungen für einen weiteren Zinsabbau.
- Der Abbau bürokratischer und politischer Hemmnisse für private Investitionen und Initiativen.
- Eine allmähliche Verminderung der volkswirtschaftlichen Steuerlastquote.
- Die Senkung der öffentlichen Verbrauchsausgaben.
- Abbau der staatlichen Bürokratie und Privatisierung öffentlicher Leistungen, wo dies kostengünstiger und für den Verbraucher vorteilhafter ist.
- Die Förderung des Vertrauens der Wirtschaft in die staatlichen Entscheidungen, damit die Investitionstätigkeit weiter zunimmt.

Produktivität und Leistungskraft der Wirtschaft sind die wichtigsten Voraussetzungen für sichere Arbeitsplätze und die Leistungsfähigkeit des Staates. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß

- durch eine gezielte Mittelstandspolitik die Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen im marktwirtschaftlichen Wettbewerb gestärkt und ihre Fähigkeit zur Bildung von Eigenkapital, zur Teilnahme am technischen Fortschritt, zur Finanzierung notwendiger Investitionen, zur angemesseneren Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen und Vergaben sowie zur Bereitstellung qualitativer Ausbildungs- und Arbeitsplätze verbessert wird,
- die Zahl der Selbständigen nicht weiter sinkt und der Marktzugang für sie attraktiver und leichter wird,
- die Bildung von Produktivvermögen in der Hand von Arbeitnehmern als eine soziale Notwendigkeit verwirklicht wird, die den Arbeitnehmern Mitverantwortung überträgt, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit stärkt und zum sozialen Frieden beiträgt,
- durch eine aktive Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik die Marktkräfte gestärkt, die Informationen der Verbraucher verbessert, um ihre Rechte am Markt durchzusetzen, und das wirtschaftliche Geschehen in seinen Zusammenhängen für alle Bürger durchschaubarer gemacht werden,
- zukunftsorientierte Investitionen, Unternehmensgründungen, Forschung und Entwicklung steuerlich gefördert werden,
- die Energieversorgung sicherer, preisgünstiger und unabhängiger wird,
- die modernen Informations- und Kommunikationstechniken so schnell wie möglich wirtschaftlich genutzt werden,
- Strukturwandel und Mobilität nicht durch restriktive Gesetze und Verordnungen behindert werden,
- dieser Strukturwandel durch laufende Gespräche der Landesregierung mit den Gewerkschaften und Arbeitgebern begleitet wird.

Die CDU sieht in der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur eine Schwerpunktaufgabe für Nord-, Ost- und Mittelhessen. Alle Förderungsprogramme sind auf das Ziel zu konzentrieren, das Einkommens- und Wohlstandsgefälle innerhalb Hessens zu verringern und gleichwertige Lebensbedingungen für die strukturschwachen Landesteile zu ermöglichen. Wegen der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit sind die gewerblich-produktiven Grundlagen dieser Gebiete zu stärken; nur so kann eine ausreichende Zahl wohnortnaher Arbeitsplätze geschaffen werden.

2. Mehr Freiheit - weniger Staat

In der Bundesrepublik Deutschland ist mittlerweile jeder sechste Erwerbstätige im öffentlichen Dienst beschäftigt. Fast jede zweite Mark des Landeshaushaltes muß in Hessen für Personalkosten ausgegeben werden. Statt die Entbürokratisierung der öffentlichen Verwaltung einzuleiten, hat die Hessische Landesregierung neue überflüssige Bürokratien geschaffen, wie z. B. das dritte Regierungspräsidium in Gießen, das den Steuerzahler jährlich 15 Millionen Deutsche Mark kostet. Mit der Verlagerung der Schulaufsicht, der Verbandsklage und dem Abwasserabgabengesetz sind zusätzliche bürokratische Aufgaben entstanden, deren Wirksamkeit in keinem Verhältnis zu den verursachten Kosten steht.

Eine weitere Aufblähung des Staatsapparates können die öffentlichen Haushalte nicht mehr verkraften. Eine Leitmaxime der Hessischen CDU ist, daß der Staat nur die Dinge regeln soll, die unbedingt einer Regelung bedürfen. Eine von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb auf die Übernahme von Aufgaben verzichten, die der Einzelne oder jeweils kleinere Gemeinschaften selbst erfüllen können. Sie wird

- die Diskussion über eine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen vorantreiben und Modellversuche dort initiieren, wo die Sicherheit der Leistungsqualität und die Zumutbarkeit des Entgelts gewährleistet erscheinen,
- die Anwendung marktwirtschaftlicher Organisationsstrukturen und Arbeitsgrundsätze in den Bereichen öffentlicher Dienstleistungen in Angriff nehmen, die für eine Privatisierung nicht in Betracht kommen,
- zur Entbürokratisierung durch Überprüfung aller Rechtsvorschriften beitragen und die Bürger bzw. die Unternehmen von überflüssiger Verwaltungsbelastung befreien, z. B. durch Vereinfachung und Beschleunigung von Baugenehmigungs- und Planungsverfahren,
- die öffentliche Sparsamkeit durch Verstärkung der Finanzkontrolle gewährleisten und in der öffentlichen Verwaltung für äußerste Wirtschaftlichkeit sorgen,
- den Umlandverband Frankfurt als Beispiel für die Entbehrlichkeit staatlicher Einrichtungen auflösen. Die regionale Zusammenarbeit im Ballungsgebiet Rhein-Main auf dem Gebiet der Flächennutzungsplanung, der Wasserversorgung, der Müll- und Abwasserbeseitigung ist sicherzustellen. Dabei ist grundsätzlich privatrechtlichen Organisationen der Vorzug vor öffentlich-rechtlichen Lösungen zu geben,
- prüfen, ob das dritte Regierungspräsidium in Gießen wieder aufgelöst werden kann.

Durch Verwaltungsvereinfachung und Bereinigung von Rechtsvorschriften müssen auch die Belastungen der öffentlichen Bediensteten und damit der Personalbedarf der öffentlichen Hand vermindert werden. Eine CDU-Regierung wird auf diese Weise eine Voraussetzung dafür schaffen, daß die Anzahl der öffentlichen Bediensteten unter anderem durch Zurückhaltung bei Neubesetzungen mittelfristig verringert werden kann.

3. Sanierung des Landeshaushaltes

Der Haushaltsentwurf der geschäftsführenden SPD-Minderheitsregierung für Hessen enthält Ausgaben von über 20 Milliarden DM, denen nur Steuereinnahmen von 13 Milliarden DM gegenüberstehen. Die Nettoneuverschuldung soll um 1,7 Milliarden DM steigen, so daß die gesamten Schulden des Landes Ende 1983 mehr als 20 Milliarden DM betragen würden. Die Ausgaben für Zinsen und Tilgung sind für 1983 mit 3,7 Milliarden DM veranschlagt. Die hessische Situation ist damit deutlich ungünstiger als die vergleichbarer Bundesländer wie Baden-Württemberg und Bayern.

Die Investitionsquote des Haushaltsentwurfes 1983 soll zwar wieder auf 18 Prozent ansteigen. Die verspätete Vorlage des Haushaltsentwurfes 1983 durch die geschäftsführende Landesregierung, ihr unverantwortlichen Geplänkel mit den Grünen über das verfassungswidrige Vorschaltgesetz und ihre brüske Zurückweisung aller Gesprächsangebote der CDU über den Haushalt haben jedoch dazu geführt, daß diese Investitionen zum Teil bisher noch nicht wirksam werden konnten.

Die CDU wird den Haushalt 1983 unverzüglich nach der Landtagswahl verabschieden. Sie wird die erforderlichen Zielmarken setzen, um in der Finanzpolitik eine Umkehr auf breiter Front einzuleiten. Dazu gehören:

- Die Zurückführung der jährlichen Nettoneuverschuldung,
- die allmähliche Wiederanhebung der Investitionsquote, wobei die Antragsbürokratie zurückzuschrauben ist,
- der schrittweise Abbau konsumtiver Staatsausgaben, auch des Personalkostenanteils,
- die Senkung der Verpflichtungsermächtigungen auf höchstens ca. ein Drittel der Investitionsausgaben eines Jahres.

4. Reform des Finanzausgleichs

Der Landeshaushalt ist auf vielfache Weise mit dem Bundeshaushalt, mit den Haushalten anderer Länder und mit den kommunalen Haushalten verzahnt. Über den kommunalen Finanzausgleich erhalten kreisfreie Städte, Landkreise und Gemeinden frei verfügbare und zweckgebundene Mittel. Im Länderfinanzausgleich werden die Aufkommen steuerstarker und steuerschwacher Länder einander angeglichen, um die Erfüllung der in allen Ländern gleichermaßen wichtigen Infrastrukturaufgaben zu gewährleisten. Hinzu kommen die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern auf den Gebieten Verbesserung der Wirtschaftsstruktur, Verbesserung der Agrarstruktur, des Küstenschutzes und Hochschulbau, außerdem zahlreiche gemeinsam finanzierte Ausgaben wie Krankenhausfinanzierung, Wohnungsbau, Gemeindeverkehrsfinanzierung oder Bundesausbildungsförderungsgesetz und Wohngeld. Für diese Mischfinanzierungen wurden Bürokratien aufgebaut, die die Parlamente weitgehend ausklammern. Die Transparenz ist mangelhaft, und es kommt zu Reibungsverlusten und Fehlleitungen knapper Mittel. Die CDU betrachtet es als ein wichtiges Ziel ihrer Politik, zu einer klaren Aufgabentrennung und Finanzaufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu gelangen.

Sie wird sich darum bemühen, daß Mischfinanzierungen weitgehend entflochten und auf das unumgängliche Maß beschränkt werden:

- Der kommunale Finanzausgleich soll vereinfacht werden. Das Gewicht soll von den zweckgebundenen auf die frei verfügbaren Mittel verlagert werden. Die Vergabe von Investitionszuschüssen soll pauschaliert werden, damit das aufwendige Antragsverfahren vereinfacht werden kann. Der "Verschiebebahnhof" der Umlagen muß zurückgeführt werden, um Reibungsverluste zu vermeiden und die langfristige Finanzplanung von Städten, Gemeinden und Kreisen zu erleichtern.
- Die Gemeinschaftsaufgaben Verbesserung der Wirtschaftsstruktur, Verbesserung der Agrarstruktur und Hochschulbau sollen langfristig in die Verantwortung der Länder zurückgeführt werden. Für die Einheitlichkeit der Förderbedingungen im Bundesgebiet genügen Rahmengesetze, die vom Land in Eigenverantwortung weit besser erfüllt werden können, als durch Bund-Länder-Kommissionen. Außerdem sind dann die Aufgaben in diesen Bereichen wieder besser in die Rechnungskontrolle des Landes eingebunden.

Mut zur Entscheidung bei Zukunftsfragen1. Für die friedliche Nutzung der Kernenergie

Hessen hat als industrielles Kernland einen hohen Energiebedarf, verfügt aber über keine nennenswerten eigenen Energiereserven. Im Interesse einer sicheren und preiswerten Energieversorgung muß die Abhängigkeit vom Mineralöl wesentlich verringert werden. Die Kohle ist dafür, auch aus Gründen der Umweltbelastung, kein Ersatz. Der Einsatz "alternativer" Energien kann auf absehbare Zeit nur einen geringen Beitrag leisten. Energiesparen ist richtig und notwendig. Eine wachsende Wirtschaft, von der Arbeitsplätze und Wohlergehen der Bürger abhängen, ist aber auf mehr Energie angewiesen.

Hessen muß deshalb die Kernenergie als sichere und verfügbare Energiequelle stärker nutzen. Sie ist zudem im Grundlastbereich der Stromversorgung, in dem immer noch Kraftwerke fehlen, durch ihre niedrigen Kosten allen anderen Energieträgern überlegen. Wenn nichts geschieht, wird unsere Industrie durch die anderer Länderr mit billigem Nuklearstrom überflügelt und hessische Arbeitsplätze gefährdet. Außerdem sind auch bei einer befriedigenden Versorgungssituation heute neue Energiekrisen oder Versorgungslücken in der Zukunft nicht ausgeschlossen, zumal bis zum Ende dieses Jahrtausends in Hessen mehrere alte Kraftwerke stillgelegt werden müssen. Selbst wenn durch rigoroses Energiesparen der niedrige Anstieg des Stromverbrauches beibehalten werden kann, sind die in Hessen beantragten Kernkraftwerke Biblis C und Borken für die langfristige Energieversorgung unverzichtbar.

Die CDU wird eine breit angelegte Energiepolitik betreiben, in der die Förderung alternativer Energien und das Energiesparen einen ebenso wichtigen Platz haben, wie die sichere Versorgung mit Erdöl, Erdgas und Kohle. Sie wird aber nicht aus ideologischen Gründen davon zurückschrecken, für die Kernkraftnutzung zu werben und die Bevölkerung umfassend über die Vorteile und die sichere Beherrschung dieser preiswerten und vom Ausland weitgehend unabhängigen Energiequelle zu informieren. Für die friedliche Nutzung der Kernenergie haben Sicherheitsfragen bei der CDU absoluten Vorrang.

Die Einsicht in die Notwendigkeit weiterer Kernkraftwerke müssen der Bevölkerung deutlicher als bisher vermittelt werden:

- Das bereits 8 Jahre dauernde Genehmigungsverfahren für den dritten Kernkraftwerksblock in Biblis muß endlich zu Ende geführt werden, damit Bau und Inbetriebnahme so schnell wie möglich erfolgen können. Die CDU wird die erste Teilerrichtungsgenehmigung sofort erteilen.

- Das Genehmigungsverfahren für das seit 1974 beantragte Kernkraftwerk in Borken wird zügig weitergeführt. Das bestehende Braunkohlekraftwerk soll so lange weiterlaufen, wie es die durch die Großfeuerungsanlagen-Verordnung verschärften Immissionsschutz-Bestimmungen erlauben. Sollte durch den beantragten Abbau der Meißner-Kohle das Naturschutzgebiet Hoher Meißner auf Dauer beeinträchtigt werden, wird eine CDU-Landesregierung ihre Zustimmung zum Abbau der Meißner-Kohle verweigern. Im Übrigen wird sie alles in ihren Kräften stehende tun, um den Bau eines Kernkraftwerkes in Borken zu fördern.

- Die durch die Änderung des Atomgesetzes bedingten nachträglichen Genehmigungsverfahren für die Hanauer Nuklearbetriebe werden zügig zu Ende geführt, damit diese für ganz Hessen wichtige Industrie unbehindert weiterarbeiten kann..

2. Für den Ausbau des Frankfurter Flughafens

Der Bau der Startbahn 18 (West) auf dem Frankfurter Flughafen wurde bereits 1966 von der Landesregierung durch Kabinettsbeschluß als notwendig anerkannt. Am 21.10.1980 hat der Verwaltungsgerichtshof in Kassel abschließend die Rechtskraft des Planfeststellungsbeschlusses von 1971 bestätigt. Erst danach hat der öffentliche Protest gegen die Ausbaupläne die heute bekannten Dimensionen angenommen. Der ursprünglich ökologisch motivierte Widerstand wurde immer mehr von einer völligen Verneinung der Rechts- und Wirtschaftsordnung überlagert, und seine Ausdrucksformen sind gewalttätig.

Die CDU befürwortet nach Abwägung aller verkehrstechnischen, sicherheitstechnischen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen die Notwendigkeit einer schnellen Entlastung des Flughafens Frankfurt durch die baldige Inbetriebnahme der Startbahn 18 (West). Dabei wird sie von folgenden Überlegungen geleitet:

- Die Kapazität des bestehenden Parallel-Bahn-Systems reicht bereits bei dem jetzigen Verkehrsaufkommen nicht aus. Es gibt keine Reserven für den Ausgleich von Verspätungen und Störungen, und weder die stärkere Zusammenarbeit mit der Bundesbahn noch der Ausbau des Flughafens München II können spürbare Entlastungen bringen.
- Ohne den Ausbau der Startbahn 18 (West) wäre die internationale Knotenpunktfunktion des Flughafens Frankfurt bedroht, weil Fluggesellschaften Verkehre ins benachbarte Ausland verlegen. Dies brächte für die Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Hessen und des Rhein-Main-Gebietes schwere Nachteile.
- Nur durch die Erhaltung der Spitzenstellung des Flughafens Frankfurt können die Arbeitsplätze am Flughafen selbst und in vielen Wirtschaftsbereichen des Rhein-Main-Gebietes gesichert werden.

- Die Eingriffe in das bestehende Erholungsgebiet zusammenhängenden Waldungen und schützenswerten Pflanzen- und Tiergemeinschaften sind zwar erheblich. Die ökologischen Folgen hinsichtlich Luftverschmutzung, Klimaveränderung und Beeinträchtigung des Grundwassers können jedoch in vertretbaren Grenzen gehalten werden.
- Durch geeignete Maßnahmen wie z. B. Wiederaufforstungen, Lärmkontrollen sowie Lärmschutz- und Lärminderungsmaßnahmen und ein erweitertes Nachtflugverbot muß im Interesse der betroffenen Bürger alles getan werden, um die unvermeidbaren Eingriffe so gering wie möglich zu halten. Eine CDU-Landesregierung wird umgehend einen Plan für großflächige, zusammenhängende Ersatzaufforstungen im Rhein-Main-Gebiet vorlegen.

3. Für den zügigen Ausbau wichtiger Verkehrsprojekte

Angesichts der zunehmenden Nutzung von Landschaft für Siedlungs- und Verkehrsflächen und angesichts der vielfältigen sonstigen Umweltbelastungen hat die CDU Hessen Verständnis für die Besorgnis der Bevölkerung bei Verkehrsplanungen. Dies gilt insbesondere für den Straßenbau, wo die erreichte Netzdichte verlangt, bei der Anlage neuer Trassen deren Notwendigkeit stets kritisch zu prüfen. Nach Meinung der CDU Hessen sollten die begonnenen und notwendigen Fernstraßenprojekte zügig zu Ende geführt werden. Im übrigen sollten die Mittel auf den Ausbau vorhandener Straßen und auf die Beseitigung von Engpässen und Unfallschwerpunkten, insbesondere durch Umgehungsstraßen, konzentriert werden. Hierbei müssen allerdings, gerade angesichts der Lage in der Bauwirtschaft, Behinderungen abgebaut und die Projekte so schnell wie möglich verwirklicht werden.

Zu den wichtigsten hessischen Verkehrsvorhaben vertritt die CDU folgende Position:

- Die Autobahn A 66 von Hanau nach Fulda muß unverzüglich im gesamten Streckenverlauf fertiggestellt werden, um die für die Wirtschaft und Arbeitsplätze Ost Hessens unerläßliche Anbindung an das Rhein-Main-Gebiet zu gewährleisten.
- Die Autobahn A 66 zwischen Frankfurt und Wiesbaden (Rhein-Main-Schnellweg) soll zwischen Höchst und Frankfurt verbreitert werden. Der innerstädtische Alleentunnel muß gebaut werden, damit diese wichtige Verkehrsachse des Rhein-Main-Gebietes den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden kann.
- Die Autobahn A 4 von Olpe nach Hattenbach ist zwar strukturpolitisch wegen der Anbindung des Zonenrandgebietes an das Ruhrgebiet bedeutsam. Sie kann aber aus finanziellen Gründen nicht gebaut werden und ist deshalb jetzt nicht weiter zu verfolgen.

- Der Weiterbau der A 49 von Kassel nach Gießen soll weitergeführt werden. Südlich von Schwalmstadt soll der Trassenverlauf so geplant werden, daß der Landverbrauch, die Umweltbelastung und die Kosten möglichst gering sind. Der Weiterbau der B 3 A zwischen Gießen und Marburg soll zügig auf den noch offenen Teilabschnitten erfolgen.
- Die seit über 30 Jahren geplante Umgehungsstraße von Eltville (B 42) muß zügig gebaut werden.
- Auf den Bau der Geisenheimer Rheinbrücke, deren Finanzierung nicht gesichert ist, kann verzichtet werden. Der Protest der Vogelschützer gegen die Verwendung der Rheinauen als Brückenpfeiler ist für diese Entscheidung ebenso von Bedeutung wie die Erhaltung des heutigen Fluß- und Landschaftsbildes im Rheintal.
- Die durch Hessen führende Bundesbahnneubaustrecke Hannover-Würzburg wird unterstützt. Die Einbindung des Oberzentrums Kassel in das INTERCITY-Netz und die mit dem Bau nach Nord- und Osthessen fließenden Mittel in Milliardenhöhe sind von großer Bedeutung für Wirtschaft und Arbeitsplätze dieser Region.
- Daneben sollen aber auch strukturpolitisch erhaltenswerte Bundesbahnstrecken für den Personennahverkehr ausgebaut und an das Fernverkehrsnetz (IC) angebunden werden.
- Der Bau der S-Bahn von Frankfurt nach Offenbach und in den Rodgau ist beschleunigt fortzuführen. Die S-Bahn ist für die Entlastung des Straßennetzes, für die Verbesserung der Umweltbedingungen und aus energiepolitischen Gründen ein wesentlicher Faktor des öffentlichen Personennahverkehrs.
- Die ursprünglich geplante Odenwaldautobahn soll nicht mehr gebaut werden, ebenso die A 5 (Bremen-Gießen).

4. Für die Verwirklichung von Umweltschutzprojekten

Neben Standortfragen im Energie- und Verkehrsbereich, bei denen ökonomische und ökologische Gründe gegeneinander ins Feld geführt werden, haben auch Standortfragen spezifischer Umweltprojekte zu heftigen Diskussionen geführt. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Wasserversorgung und Sonderabfallbeseitigung, bei denen die Verwirklichung wichtiger Vorhaben seit Jahren hinausgezögert wird. Die CDU Hessen ist überzeugt, daß auch innerhalb der Ökologie sorgfältig abgewogen werden muß, welche Gründe schwerwiegender sind. Zu einzelnen, den Umweltschutz betreffenden Vorhaben vertritt die CDU folgende Auffassung:

- Die Errichtung der Sondermülldeponie Mainhausen unverzüglich weitergeführt werden, sofern sich die Eignung der Tongrube bestätigt. Für ein Industrieland wie Hessen muß es, neben der Giftmülldeponie Herfa-Neurode, Möglichkeiten zur Unterbringung von Sondermüll geben. Außer Mainhausen sollten allerdings auch andere Standorte geprüft werden.
- Die Grube Messel soll höchstens teilweise als Mülldeponie Verwendung finden. Sie stellt ein einzigartiges Reservoir für prähistorische Tier- und Pflanzenfunde dar. Eine Kulturnation kann es sich nicht leisten, ein unersetzliches Denkmal dieser Art zu zerstören.
- Die Planungsarbeiten für die Ernstbachtalsperre werden mit dem Erlaß des Planfeststellungsbeschlusses abgeschlossen. Dabei werden die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung jede Berücksichtigung finden. Für das Rhein-Main-Gebiet ist eine zuverlässige Wasserbedarfsprognose vorzulegen, die Grundlage aller Investitionsentscheidungen werden muß.

Mit diesen heute in der Diskussion befindlichen Projekten wird es nicht sein Bewenden haben. Gesellschaftliche Bedürfnisse ändern sich und werden auch in Zukunft Standortentscheidungen notwendig machen, die nicht immer den Beifall der örtlich Betroffenen finden werden. Bei der Entscheidung über wichtige Zukunftsprojekte läßt sich die Hessische CDU von folgenden Überlegungen leiten:

- Rolle und Aufgabe von Parlament und Regierung dürfen in unserer auf Gewaltenteilung angelegten Verfassung auch bei Standortentscheidungen und rechtlichen Genehmigungen nicht verwischt werden. Die CDU Hessen bekennt sich ebenso zur umfassenden und sorgfältigen parlamentarischen Kontrolle des Regierungshandelns in diesen Fragen wie zur Entscheidungskompetenz der Regierung in allen Bereichen der Großtechnologie.
- Die CDU setzt sich darüber hinaus für eine intensive Aufklärung und Information der Bevölkerung bei allen bedeutsamen Projekten der Landesplanung ein. Dies schließt die offene Begegnung und Auseinandersetzung mit den Bürgerinitiativen der Betroffenen ein.
- Die Bereitschaft zum Gespräch und zur Aufklärung darf nicht mit Entscheidungsschwäche oder -unfähigkeit verwechselt werden. Entscheidungen dürfen nicht dem Prinzip des geringsten Widerstands folgen. Im Gesamtinteresse notwendige Standortentscheidungen müssen auch gegen örtliche Widerstände getroffen werden.
- Die CDU fordert ihre Kommunalpolitiker auf, schwierigen Entscheidungen nicht auszuweichen, sondern sie verantwortungsbewußt zu treffen. Wer beispielsweise die Kernenergie als unverzichtbare Voraussetzung für Beschäftigung, soziale Sicherheit und Unabhängigkeit bejaht, muß ein Kraftwerk in seiner Umgebung akzeptieren, wenn nicht begründete technische, umweltpolitische und landesplanerische Einwände dagegen sprechen.

Jahrhundertaufgabe Umweltschutz

Die Erhaltung einer natürlichen Umwelt, die Gewährleistung gesunder Lebensbedingungen für Menschen, Tiere und Pflanzen und der sorgsame Umgang mit Rohstoffen, Wasser, Luft und Landschaft sind eine "Jahrhundertaufgabe" von lebensentscheidender Bedeutung.

Für die CDU Hessen gibt es keinen unlösbaren Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie. Die Wirtschaftskraft einer leistungsfähigen Wirtschaft muß die Mittel bereitstellen, die für die Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen gebraucht werden. Verursacher von Luft- und Wasserverschmutzung, Abfall- und Landschaftsverbrauch ist nicht nur die Industrie. Alle Bürger, die Auto fahren, Produkte kaufen, Wasser verbrauchen und Abfälle wegwerfen, sind hieran beteiligt. Deshalb ist die Konsequenz dieses "Verursacherprinzips", daß alle Bürger zum Umweltschutz beitragen müssen.

1. Qualität der Oberflächengewässer verbessern

Unsere Oberflächengewässer sind durch chemische Verbindungen, Schwermetalle und andere Schadstoffe stark verschmutzt. Der untere Main ist in seiner Wasserqualität nach wie vor gefährdet und auch bei vielen kleineren Flüssen in Hessen ist die Selbstreinigungskraft nahezu zum Erliegen gekommen. Dies ist nicht nur für Tier- und Pflanzenwelt der Gewässer lebensbedrohend, sondern beeinträchtigt auch die Trinkwassergewinnung aus dem Rhein und dem Main, auf die die großen Städte des Rhein-Main-Gebietes angewiesen sind. Die CDU Hessen begrüßt deshalb die Einführung eines Abwasserabgabengesetzes und die Verschärfung der entsprechenden Bestimmungen im Wassergesetz. Sie ist jedoch der Meinung, daß die beiden hessischen Gesetze novelliert werden müssen, weil sie die Bürokratie vor den Gedanken des Gewässerschutzes gestellt haben.

Die CDU Hessen wird dabei dem Gewässerschutz Vorrang einräumen und insbesondere folgenden Gesichtspunkten Rechnung tragen:

- Konzentration der Mittel aus der Abwasserabgabe auf die Schwerpunkte der Gewässerverschmutzung. Aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe sollen keinerlei Verwaltungskosten bestritten werden; die Mittel aus der Abwasserabgabe sollen als zweckgebundene Rücklage bei den einzelnen Gemeinden verbleiben und dort für die Verbesserung der Gewässergüte eingesetzt werden.
- Angemessene Förderung von Abwasseranlagen im ländlichen Raum, wobei auch kostengünstigere kleine Lösungen in Betracht gezogen werden müssen. Die Umlegung des kommunalen Kostenanteils auf die Bürger darf nicht zu einem gravierend höheren Gesamtwasserpreis in den ländlichen Regionen führen.
- Erlaß von Reinhalteordnungen in Zusammenarbeit mit den Nachbarländern für Rhein, Main und Neckar sowie von entsprechenden Richtlinien für das Einleiten wassergefährdender Stoffe in die öffent-

liche Kanalisation. Bei Vorliegen klarer allgemeiner verbindlicher Vorschriften wissen die großen industriellen und kommunalen Einleiter von Schadstoffen von vornherein, woran sie sind, und die Überwachungs- und Kontrollaufgaben der Behörden werden erleichtert.

- Zusammen mit der Bundesregierung ist nachdrücklich auf die "DDR" einzuwirken, um die Einleitung von Kaliabwässern in die Werra zu verringern. Solange der "DDR"-Kalibergbau nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, die Schadstoffmenge zu reduzieren, sollte eine Milliarden-Investition in die Salz-Pipeline in die Nordsee, deren ökologische Auswirkungen noch nicht überschaubar sind, vorläufig zurückgestellt werden.

2. Schutz und Bewahrung der Grundwasserreserven

Der Schutz des Grundwassers, vor allem vor übermäßiger Inanspruchnahme, ist in Hessen seit Jahren ein brennendes Problem. Übermäßiges Abpumpen hat im Ried zur Austrocknung, zum Absterben von Wäldern und zur Beschädigung von Gebäuden geführt. Auch im Vogelsberg mehren sich die Anzeichen für eine solche Bedrohung. In vielen Fällen wurden die Genehmigungsverfahren für die Grundwasserentnahme nicht sorgfältig genug gehandhabt; durch Pumpversuche, die sich jahrelang hingzogen, wurden ohne rechtliche Absicherung größere Mengen Grundwasser entnommen. Das Absinken des Grundwasserspiegels wird außerdem durch die Begradigung und den Ausbau von Flüssen begünstigt, durch die das Wasser zu rasch abfließt.

Für die CDU Hessen ist der Schutz und die Bewahrung der Grundwasserreserven eine vordringliche Aufgabe. Neben der Heranziehung von Oberflächenwasser für die Trinkwassergewinnung, wie beispielsweise durch die Ernstbachtalsperre, muß folgendes gewährleistet werden:

- Bei der Genehmigung für die Grundwasserentnahme soll verbindlich festgelegt werden, nicht mehr Grundwasser zu entnehmen, als neu gebildet werden kann. Dafür sind langjährige Messungen erforderlich. In Trockenjahren muß die Wasserentnahme verringert werden.
- Pumpversuche sollen in Zeit und Umfang begrenzt werden. Wenn sie sich über mehrere Jahre hinziehen und größere Mengen gefördert werden, muß ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden.
- Bachläufe und Flüsse sollen nur noch im Ausnahmefall verrohrt oder begradigt werden, damit das Wasser langsamer abfließt.
- Die Ufer der Bäche und Flüsse sollen landschaftsgerecht bepflanzt werden. Dies liegt auch im Interesse des Landschaftsbildes und dient dem Schutz der Tierwelt. Einheimische Gehölze sind dabei zu bevorzugen.
- Eine Beeinträchtigung des Grundwassers durch Fremdstoffe muß vermieden werden.

- Das unterirdische Leitungssystem auf dem Frankfurter Flughafen sowie die Leitungssysteme in Raffinerien und ähnlichen Anlagen sollen dahingehend geändert werden, daß auftretende Lecks sofort bemerkt und behoben werden können.

- In Industrie und Gewerbe soll zunehmend Brauchwasser anstelle des kostbaren Trinkwassers Verwendung finden. Systeme zur Mehrfachverwendung in der Wirtschaft und in den Haushaltungen sollen beschleunigt erforscht und ihre Einführung gefördert werden.

3. Anreize und Kontrollen zur Schaffung umweltfreundlicher Produktionsanlagen

Neben der Land- und Forstwirtschaft und den naturschützenden Verbänden leistet die Wirtschaft einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz. In den letzten Jahren wurden in der verarbeitenden Industrie im Durchschnitt jährlich 2,4 Milliarden DM für diesen Zweck aufgebracht. Die Erfolge sind eindrucksvoll.

Der Ausbau von Kläranlagen hat die Gewässergüte stabilisiert. Die Schadstoffbelastung der Luft hat sich weiter verringert, trotz Produktionssteigerungen hat z. B. die Staubemission in der Industrie um über die Hälfte abgenommen. Der Aufbau einer Abfallwirtschaft hat die Rohstoffverwertung verbessert. Die Lärmemission schließlich wurde durch neue Auflagen deutlich verringert. Ziel muß es sein, ein Abfallwirtschaftsprogramm zu erstellen, das versucht, von der Produktion über den Verbrauch bis zum Wiederverarbeiten einen Kreis zu schließen, damit möglichst alles Rohstoff bleibt und nicht Abfall wird (Kreislaufsystem).

Die CDU Hessen anerkennt den wichtigen Beitrag, den die Wirtschaft zum Umweltschutz leistet. Sie wird die Einhaltung aller diesbezüglichen Gesetze, Verordnungen und Auflagen genauestens kontrollieren. Sie wird aber auch Forschungsvorhaben und Pilotprojekte in Wirtschaft und Kommunen fördern, soweit sie nicht durch Eigenleistung voll finanziert werden können. Besonderes Augenmerk ist zu richten auf

- Rückgewinnung von Rohstoffen aus Müll, insbesondere in den Bereichen Altglas, Altpapier, Altreifen und Schrott;
- die Entgiftung von Hausmüll z. B. durch Einrichtung von Sammelstellen für Altbatterien und nicht verbrauchte Arzneimittel;
- die energie- und rohstoffsparende Verwendung der Abfälle in Müllheizkraftwerken, Kompostierungsanlagen und zur Glasgewinnung;
- die gefahrlose Beseitigung und im Volumen reduzierte Lagerung von Sondermüll, Hausmüll und Klärschlamm;
- die weitere Herabsetzung der Emissionen aus Industrie, Straßenverkehr und Heizanlagen;
- die Entwicklung leiser Motoren für Autos, Flugzeuge und Baumaschinen;

Die CDU Hessen ist überzeugt, daß in Zusammenarbeit von Arbeitnehmern, Betriebs- und Personalräten, Gewerkschaften und Arbeitgebern nicht nur ein besserer Schutz der Umwelt erreicht werden, sondern auch eine Vielzahl neuer Wirtschaftszweige und Arbeitsplätze geschaffen werden können. Umweltschutz kostet nicht nur Geld, sondern er belebt auch die Wirtschaft auf vielfältige Weise. Hinzu kommen muß allerdings eine vorausschauende Umweltvorsorge in der Regionalplanung, die die Beeinträchtigung von Wohngebieten durch Luftverschmutzung und Lärm von vornherein auf ein zumutbares Maß zu beschränken hat.

4. Den Wald erhalten

Der Wald ist für Leben und Gesundheit der Menschen und als Lebensraum für Pflanzen und Tiere unentbehrlich. Er reinigt die Luft und reichert sie mit Sauerstoff an, erhält und vergrößert die Grundwasserreserven, bietet Stille und Naturerlebnis und stellt durch seine wirtschaftliche Nutzung knappe Rohstoffe und Arbeitsplätze bereit. In letzter Zeit mehren sich jedoch auch fernab von den großen Ballungsgebieten die Anzeichen für eine Gefährdung des Waldes durch Immissionen. Die Emissionen von Verkehr, Heizungsanlagen und Industrie, insbesondere aber aus den hohen Schornsteinen z. B. der Kohlekraftwerke, werden durch Luftströmungen über weite Strecken getragen. Insbesondere Schwefeldioxyd- und Stickoxyd-Emissionen gefährden in Verbindung mit Klima-, Grundwasser- und Bodenverhältnissen als "saurer Regen" Wälder, landwirtschaftliche Flächen und Gebäude.

Für die CDU ist dieses auch in Hessen immer stärker auftretende Waldsterben ein ernstes Problem, bei dem unverzüglich Abhilfe geschaffen werden muß. Sie begrüßt deshalb die Verabschiedung schärferer Bestimmungen in der Großfeuerungsanlagenverordnung und in der Technischen Anleitung Luft durch die Bundesregierung. Sie wird die Einhaltung dieser Bestimmungen streng kontrollieren und darüber hinaus

- für eine genaue Erfassung der Waldschäden in Hessen sorgen,
- die Forschung zur eindeutigen Klärung der Ursachen und zu den Abhilfemöglichkeiten fördern und sie mit entsprechenden Forschungsvorhaben in anderen Bundesländern und im Bund koordinieren,
- die Erfolge der im Zuge der Großfeuerungsanlagenverordnung einzuleitenden Maßnahmen, insbesondere bei der Umrüstung alter Kraftwerke, kritisch prüfen und sich ggf. für eine Verschärfung der Bestimmungen einsetzen. Falls dies zu Strompreiserhöhungen führt, wird die CDU dafür werben, daß die Bevölkerung Opfer mitträgt,
- alles tun, daß Kohlekraftwerke im Grundlastbereich durch Kernkraftwerke ersetzt werden,
- sich für grenzübergreifende Initiativen mit dem Ziel einsetzen, die zu einem großen Teil auch von den Nachbarländern verursachten Emissionen zu verringern.

5. Natur- und Landschaftsschutz - eine Verpflichtung für alle

Mit steigendem Landschaftsverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen, mit der Veränderung des natürlichen Landschaftsbildes, vor allem in den Verdichtungsgebieten, und mit der zunehmenden Bedrohung seltener Tiere und Pflanzen rücken ökologische Fragen immer mehr in den Brennpunkt der öffentlichen Diskussion. Die Menschen im Verdichtungsgebiet wehren sich gegen die weitere Zerstörung ihrer Naherholungsgebiete, und die Bevölkerung ländlicher Gebiete, die auf die Arbeitsplätze im Fremdenverkehrsgewerbe angewiesen sind, reagiert empfindlich auf jede Beeinträchtigung der Landschaft.

Die CDU Hessen betrachtet den Natur- und Landschaftsschutz als besondere Verpflichtung:

- Notwendige Eingriffe müssen durch Wiederaufforstungen und Re-kultivierung ausgeglichen werden. Ein Ausgleich, auch an anderer Stelle, ist einer Geldleistung vorzuziehen, jedoch nicht zu Lasten landwirtschaftlich wertvoller Flächen.
- Durch eine Verbindung von Parks, Bepflanzung von Straßen und Plätzen, Begrünung von Hinterhöfen und Einbeziehung von Kleingartensiedlungen sollen "Stadterholungslandschaften" geschaffen werden, so daß sich die Lebensbedingungen der städtischen Bevölkerung an ihrem Wohnort selbst verbessern.
- Die hessischen Naturschutzgebiete müssen erhalten werden, an geeigneten Stellen sind neue Naturschutzgebiete auszuweisen. Für die Betreuung von Naturschutzgebieten sollen die Naturschutzverbände gewonnen und ihre Arbeit finanziell unterstützt werden. Die bestehenden Landschaftsschutzgebiete müssen überprüft werden. Dabei dürfen allerdings die Interessen der Land- und Forstwirtschaft und der erholungssuchenden Bevölkerung nicht in den Hintergrund treten, sondern müssen mit denen der Tier- und Pflanzenwelt in Einklang gebracht werden.
- Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensräume für unsere einheimischen Tiere und Pflanzen durch Feuchtgebiete, Feldgehölze und Altholzinseln sind eine bleibende Aufgabe.

Die CDU Hessen anerkennt die verdienstvolle Tätigkeit der Natur- und Umweltschutzverbände sowie der Kleingartenverbände und wird sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen. Die Ablehnung der Verbandsklage im hessischen Naturschutzgesetz ist für die CDU Hessen eine prinzipielle rechtspolitische Entscheidung und bedeutet keineswegs eine Geringschätzung der Verbände. Auch ohne weitere Bürokratisierung gibt es für Bürger und Verbände genügend Möglichkeiten, sich gerichtlicher Hilfen zur Durchsetzung von Anliegen des Umweltschutzes zu bedienen.

Lebenswerter ländlicher Raum

Land- und Forstwirtschaft sind trotz des erheblichen Rückgangs der Betriebe bedeutende Wirtschaftsfaktoren in Hessen. Knapp 5 Prozent der Beschäftigten haben dort ihren Arbeitsplatz, in den ländlichen Kreisen liegt diese Zahl noch weit höher. Zusammen mit den von der Landwirtschaft abhängigen Zulieferern und Abnehmern, insbesondere der Ernährungsindustrie, sorgt die Landwirtschaft für Stabilität und Wirtschaftswachstum im ländlichen Raum.

Für die CDU Hessen haben Land- und Forstwirtschaft eine besondere Bedeutung. Sie tritt für deren Erhaltung und Förderung mit Nachdruck ein, weil

- die Landwirtschaft die Versorgung der Bevölkerung mit vielfältigen und gesunden Nahrungsmitteln, die Forstwirtschaft mit dem wichtigen Rohstoff Holz, garantiert,
- die Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft, insbesondere in den hessischen Mittelgebirgslagen, nur durch die Land- und Forstwirtschaft gewährleistet werden können,
- die Landwirtschaft sichere und qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze bietet und die Wirtschaft des ländlichen Raum belebt,
- die Bindung an Familie und Dorfgemeinschaft im ländlichen Raum ein tragendes Element unserer Gesellschaft darstellt,
- die Bodenständigkeit der Land- und Forstwirte und die breite Streuung des Eigentums an Grund und Boden eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung von Freiheit und Demokratie sind.

1. Für die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur

Die Abwanderung gerade jüngerer Erwerbstätiger und Familien aus dem ländlichen Raum hält immer noch an. Ursache hierfür sind nicht nur die fehlenden besseren Arbeitsplätze, sondern auch die mangelhaften Infrastrukturen auf dem Lande. Unzureichende öffentliche Verkehrsverbindungen, der Rückzug der Bundesbahn aus dem ländlichen Raum und steigende Benzinpreise erschweren es gerade den Nebenerwerbslandwirten immer mehr, ihre außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplatz zu erreichen. Schulbesuche, Einkauf und die Wege zu Ärzten und Behörden werden für die Familien im ländlichen Raum immer schwieriger.

Für die CDU Hessen sind eine ausgewogene Besiedlung und ein lebensfähiger ländlicher Raum unerlässliche Voraussetzungen für das Wohlergehen des Landes. Sie wird deshalb in ihrer Politik Schwerpunkte setzen für

- die Erhaltung der Dörfer und Kleinstädte als lebenswerte Wohnorte und Stätten der Begegnung und der gewachsenen Gemeinschaft,
- die Verbesserung der Verkehrsverbindungen auf Schiene und Straße und für die Einbeziehung des ländlichen Nahverkehrs in die öffentliche Förderung,
- die Erhaltung kleiner Schulen und ein möglichst breites Angebot betrieblicher und Überbetrieblicher Ausbildungsstätten,
- die Erhaltung und Förderung wohnortnaher Arbeitsplätze in Industrie, Gewerbe, Handwerk und Handel,
- die Entwicklung von Fremdenverkehr und Naherholung im Interesse der sinnvollen Freizeitgestaltung und Gesunderhaltung der Bevölkerung, insbesondere in den Ballungsräumen,
- eine ausreichende Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit Ärzten, Zahnärzten, Apotheken und sozialen Einrichtungen,
- die Erhaltung von Einrichtungen für den täglichen Bedarf am Ort oder in erreichbarer Nähe,
- die Schaffung kultureller Einrichtungen, insbesondere für die Jugend, z. B. durch Schaffung von Begegnungsstätten.

2. Festigung der wirtschaftlichen Stellung der Landwirte

Seit Jahren haben sich die Realeinkommen der Landwirte stetig verschlechtert; den mit der allgemeinen Inflation steigenden Betriebskosten stehen nur geringe Anhebungen der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise gegenüber. Die Schere zwischen landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Einkommen klappt immer stärker auseinander. Die Sorgen vieler Landwirte und der Landjugend um die Zukunft ihrer Existenzen haben ungewöhnliche Ausmaße angenommen.

Die CDU Hessen nimmt diese Sorge ernst und wird alles tun, um die Leistungskraft der hessischen Landwirte zu unterstützen. Zu den Zielen ihrer Agrarpolitik gehören insbesondere

- die Gleichrangigkeit und die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben,
- die Verbesserung der landwirtschaftlichen Beratung, insbesondere im produktionstechnischen, betriebswirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Bereich,
- die Förderung der land- und forstwirtschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen, z. B. bei der überbetrieblichen Maschinennutzung, bei der Vermarktung und beim Einsatz von Betriebshelfern,
- die Ausrichtung der Investitionsförderung an der Rentabilität der Investitionen und an der Leistungsfähigkeit der Landwirte anstatt an starren Einkommensgrenzen/Förderschwelle,
- die Einführung eines allgemeinen Agrarkreditprogramms zur Förderung der Landwirtschaft in Zusammenarbeit mit den Genossenschaften und Banken des ländlichen Raumes,
- die Fortführung der Flurbereinigung und der Dorferneuerung, soweit sie mit den Interessen und Bedürfnissen der betroffenen Landwirte übereinstimmen und diesen nicht unzumutbare Belastungen aufbürden,
- ein fairer Wettbewerb innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

3. Die Verantwortung der Land- und Forstwirtschaft für den Umweltschutz

Land- und Forstwirtschaft stehen im Brennpunkt der Umwelt- und Naturschutzdiskussion. Auf der einen Seite werden ihre Verdienste um die Pflege und Gestaltung der Kulturlandschaft in Wald, Feld und Flur als wesentlicher Beitrag zum Umweltschutz anerkannt. Auf der anderen Seite wird der mit der landwirtschaftlichen Tätigkeit verbundene Einsatz von Mineraldüngern, chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln und Tiermedikamenten zunehmend kritisiert. Dabei wird übersehen, daß die Land- und Forstwirte seit Jahrhunderten an einen verantwortungsbewußten Umgang mit der Natur gewöhnt sind. Vieles von dem, was als "Mißstand" angeprangert wird, ist nichts anderes als die Anpassung der Landwirtschaft an die veränderten Verbrauchervünsche bei pflanzlichen und tierischen Produkten.

Die CDU Hessen wird alles tun, um das ökologische Verantwortungsbewußtsein der hessischen Land- und Forstwirte zu unterstützen. Sie wird insbesondere

- die Beibehaltung der Landwirtschaftsklausel im Naturschutzgesetz, d.h. die Anerkennung der Umweltbedeutung landwirtschaftlicher Tätigkeit, mit Nachdruck vertreten,
- bei einer Novellierung des Hessischen Naturschutzgesetzes die rechtlichen und begrifflichen Unsicherheiten beseitigen,
- dafür sorgen, daß Aufforstungen im Ballungsgebiet nicht immer zu Lasten der landwirtschaftlichen Flächen durchgeführt werden, da für Klima und Luftzufuhr gerade Felder und Wiesen von unersetzlicher Bedeutung sind,
- die Erhaltung und Neuanlage von Feldgehölzen, Hecken und Rainen zum Schutze des Niederwildes und der Vögel dort fördern, wo dies sinnvoll ist,
- den sinnvollen Einsatz von Mineraldünger und chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln bejahen, aber auch die Erforschung und Anwendung biologischer Pflanzenbehandlungsmittel unterstützen,
- Modelle zur Energiegewinnung aus landwirtschaftlichen Abfallprodukten und sonstiger Biomasse fördern.

Biologische Anbaumethoden in der Landwirtschaft haben dort ihren Sinn, wo der betreffende Betrieb einen Absatzmarkt für teurere Produkte gefunden hat. Sie sind nicht auf die gesamte Landwirtschaft übertragbar, weil sie in kurzer Zeit einen erheblichen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion bei gleichzeitig erhöhtem Arbeitsaufwand bewirken würden. Dies können wir uns in unserer Lage und angesichts des zunehmenden Hungers in der Welt nicht leisten. Die CDU Hessen ist sich deshalb zusammen mit den hessischen Landwirten der besonderen Verantwortung bewußt, über die EG mit dazu beizutragen, daß die Menschen in den Entwicklungsländern mit für sie geeigneten Nahrungsmitteln versorgt werden.

Kultur- und Bildungspolitik1. Kurskorrektur im Bildungswesen notwendig

Eine CDU-Landesregierung steht vor der Aufgabe, in der gesamten Bildungspolitik, vordringlich im Schulwesen, schwerwiegende Fehlentwicklungen zu korrigieren, Schäden zu heilen und inneren Frieden zu stiften. In der Schulpolitik dürfen nicht Ideologie und nicht der Wille einer Partei maßgebend sein. Alle Veränderungen müssen in größtmöglicher Übereinstimmung mit den Betroffenen durchgeführt werden. Zu den herausragenden Aufgaben der Bildungspolitik gehören:

- die Vermittlung unserer verfassungsmäßigen Ordnung in den Bildungseinrichtungen als positive Wertvorstellung an die junge Generation,
- die Sicherung des Elternrechts und des Prinzips der freien Wahl des Bildungsweges,
- die Stärkung des Erziehungsgedankens, der Leistungsgerechtigkeit und einer soliden Ausbildung in der Schule,
- die Wiederannäherung von Bildungs- und Beschäftigungssystem,
- die finanzielle Sanierung des Schul- und Hochschulsystems.

Alle in den Bildungseinrichtungen Tätigen sind unserer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung verpflichtet. Wer gegen den freiheitlichen Staat erziehen will, hat im Bildungswesen keinen Platz. Die Träger der staatlichen Verantwortung haben die Aufgabe, grundlegende Wertentscheidungen unserer Verfassungsordnung im Bildungswesen wieder deutlicher zur Geltung zu bringen und dort, wo sie ausgehöhlt sind, wieder durchzusetzen:

- Die Rechte der Eltern und Schüler müssen gegen parteipolitischen Zwang und ideologisch begründete Denkansätze gesichert werden.
- Der überparteiliche Charakter des öffentlichen Dienstes muß besonders vordringlich in Schule und Hochschule wiederhergestellt werden.

Durch solide Lehrpläne und eine entsprechende Lehrerbildung müssen die Lebens- und Berufschancen der Schüler verbessert werden. Eine möglichst umfassende Grund- und Allgemeinbildung hat für uns einen höheren Rang als eine zu früh einsetzende Spezialisierung. Die Schule muß sich vor wissenschaftlicher Überforderung der Schüler hüten und die Vermittlung allgemeiner Grundbildung betonen. Die Konsolidierung des Schulwesens muß auch durch eine wirksame Schulaufsicht gewährleistet werden. Diese kann wesentlich weniger personalaufwendig als heute sein, wenn sie in den Stand gesetzt wird, sich auf ihre wesentlichen Aufgaben zu konzentrieren.

Die CDU wird durch die falsche Bildungspolitik der SPD entstandene Auseinanderentwicklung von Bildungs- und Beschäftigungssystem im Interesse der Schüler nach Kräften korrigieren und dabei folgende Ziele verwirklichen:

- Es wird eine lebensnahe schulbegleitende Bildungs- und Berufsberatung eingeführt.
- Die Bildungsmöglichkeiten der beruflichen Schulen werden aufgewertet.
- Es werden konkurrierende Angebote zum akademischen Studium geschaffen.

Eine CDU-Regierung in Hessen wird die Verschleuderung und ungerechte Verteilung der knappen Haushaltsmittel beenden und den Bildungshaushalt schrittweise sanieren. Eine Entwicklung, die dazu geführt hat, daß z. B. zwischen 1970 und 1980 11 000 zusätzlich geschaffene Lehrerstellen im hessischen Schulwesen "versickert" sind, ohne eine wesentliche Verbesserung der Unterrichtsversorgung zu bewirken, kann nicht länger hingenommen werden. Die SPD/F.D.P.-Koalition hat durch kostspielige und wenig wirksame Organisationsstrukturen in Schule und Hochschule das Bildungswesen in eine finanzielle Sackgasse geführt. Eine CDU-Regierung in Hessen kann daher die Mängel im Bildungswesen, soweit sie zusätzliche Haushaltsmittel erfordern, nur Schritt für Schritt beseitigen. Am Anfang der notwendigen Prioritätenfolge stehen:

- die Beseitigung des Unterrichtsausfalls,
- die Verbesserung der Schulsituation der ausländischen Kinder und der deutschen Kinder in Schulen mit großem Ausländeranteil,
- die Sicherung von Schulstandorten, die durch den Geburtenrückgang bedroht werden,
- die Anhebung der Qualität der beruflichen Bildung und ihre Aufwertung; insbesondere die Verbesserung der Situation der Hauptschulen,
- die Sicherung hochwertiger Forschung,
- die Schaffung von Wohnraum für Studenten,
- die Begabtenförderung.

2. Das Schulsystem vernünftig gliedern

Das Schulwesen muß den unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten und dem unterschiedlichen Leistungsvermögen der Menschen gerecht werden und deshalb vielfältig gegliedert sein. Es muß verschiedenartige aber gleichwertige Schullaufbahnen sowie Übergangsmöglichkeiten von einem Bildungsweg zum anderen enthalten. Nur ein gegliedertes Schulwesen, das so angelegt ist, daß es Sackgassen vermeidet, gibt dem Schüler eine gerechte Chance. Der Zugang zu den verschiedenen Schulformen und Bildungsgängen setzt Eignung voraus. Der Grundsatz des gegliederten Schulwesens und der pädagogischen Eigenständigkeit der Schulformen bestimmt auch die Lehrerbildung, die Lehrpläne, Stundentafeln und Lernmittel sowie die Aufgaben der Schulaufsicht.

- Die CDU fordert die überschaubare Schule. Massenschulen dürfen nicht mehr gebaut werden. Die Anonymität und unvermeidliche Überbürokratisierung großer Schulsysteme zerstören die Schule als Erziehungs- und Bildungsgemeinschaft und ziehen hohe Nebenkosten, insbesondere durch unnötige Schülertransporte, nach sich. In der Schulgesetzgebung, den Baurichtlinien und neu zu fassenden Richtlinien für die Schülerbeförderung müssen daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.
- Freiheit statt Zwang ist oberstes Prinzip der CDU auch in der Schulpolitik. Deshalb soll in den Gebieten, in denen flächendeckende Gesamtschulsysteme bestehen, die Wahlmöglichkeiten der Eltern und die Bildungsmöglichkeiten der Schüler durch ein konkurrierendes Angebot mit Schulen des gegliederten Schulwesens wiederhergestellt werden. Bestehende Gesamtschulen sollen erhalten bleiben, wenn die Eltern es wünschen.

Die CDU wird sich intensiv den ungelösten inneren Problemen der Gesamtschulen zuwenden und dafür Sorge tragen, daß

- eine ausreichende Differenzierung nach Begabung und Leistung stattfindet,
- die Zukunftschancen der Gesamtschüler durch einen Unterricht gewahrt werden, der den Ansprüchen des gegliederten Schulsystems entspricht,

3. Solide Lehrpläne statt Rahmenrichtlinien

Die CDU lehnt die hessischen Rahmenrichtlinien grundsätzlich ab. Als Einheitslehrpläne ohne Berücksichtigung der Schulformen gehen sie an der Schulwirklichkeit vorbei. Der Versuch, die Methodik und Didaktik des Unterrichts in den Rahmenrichtlinien regeln zu wollen, zerstört die notwendige pädagogische Freiheit. Die übertriebene Verwissenschaftlichung des Unterrichts hat sich als Fehlentwicklung herausgestellt. Ein Teil der Rahmenrichtlinien hält immer noch an einseitigen ideologischen Denkvorgaben fest.

- Eine Regierung der CDU wird schulformbezogene Lehrpläne vorlegen. Sie müssen frei von übertriebenen wissenschaftlichen Anforderungen auf eine solide, altersgerechte Vermittlung von Wissen und Können gerichtet sein, den Wertvorstellungen des Grundgesetzes und der hessischen Verfassung in vollem Umfang entsprechen und insbesondere den Grundgedanken der weltanschaulichen Toleranz im Schulwesen berücksichtigen. Ideologische Zwangsvorstellungen wie die Konstruktion einer "Gesellschaftslehre" müssen der Vergangenheit angehören. Gesichte, Erdkunde und Sozialkunde werden als selbständige Fächer wiederhergestellt. Eine Regierung der CDU wird schulformbezogene, allgemeinverständliche und praktikable Lehrpläne vorlegen.
- Eine Neufassung der hessischen Lehrpläne gibt Gelegenheit, die unnötige zentralistische Regelungstätigkeit im Schulwesen einzuschränken, indem auf methodische und didaktische Anweisungen sowie auf allzu engmaschige Vorschriften über die Unterrichtsstoffe verzichtet wird. Die Lehrpläne sollen sich darauf beschränken, die wesentlichen Bildungsziele zu beschreiben und Minimalkataloge über die Unterrichtsstoffe aufzustellen. Entscheidend sind klare Angaben über die Ziele und Aufgaben, die in einem Fach innerhalb eines Bildungsabschnitts erreicht werden müssen. Die Bewältigung der in den Lehrplänen aufgeführten Mindestanforderungen darf nicht die ganze für den Unterricht zur Verfügung stehende Zeit ausfüllen. Die so auf das Wesentliche beschränkten Lehrpläne ermöglichen eine lebendige Weiterentwicklung der Unterrichtspraxis, erlauben der einzelnen Schule, eigene Akzente zu setzen und gestatten dem Lehrer, die besondere Situation seiner Klasse zur berücksichtigen. Dabei soll der Anteil der musischen Bildung verstärkt werden.
- Die Inhalte der Schulbücher werden frei von einseitiger ideologischer Beeinflussung sein. Sie werden sich an dem Lernstoff der jeweiligen Altersklasse orientieren und die Schüler zu freien Bürgern erziehen.

4. Praxisorientierte Lehrerbildung

Die Lehrerbildung muß so gestaltet sein, daß sie unserem vielfach gegliederten Schulwesen gerecht wird. Die unterschiedlichen Aufgaben der Lehrer erfordern eine unterschiedliche Vorbereitung auf die Berufstätigkeit. Im Lehramtsstudium ist der Anteil der praxisorientierten Schulpädagogik zu verstärken.

- Bei der Besetzung der erziehungswissenschaftlichen Professorenstellen ist darauf zu achten, daß Pädagogen und Didaktiker über ausreichende unterrichtspraktische Erfahrungen verfügen.
- Die Aus- und Fortbildung der Berufsschullehrer ist wieder stärker an der beruflichen Praxis zu orientieren. Hierzu ist erforderlich, daß Freistellungen zur Praxisorientierung ermöglicht werden.
- Die fachtheoretischen Elemente des Lehramtsstudiums sollen möglichst so angelegt werden, daß auch andere als auf das Lehramt zielende Qualifikationen im Studium bzw. in einem verkürzten Zusatzstudium erreichbar sind, damit die Lehrerarbeitslosigkeit gemildert werden kann.
- Die Verantwortung des Staates für die Inhalte der Lehrerausbildung ist durch eine kritische Durchsicht der Prüfungsordnungen und eine fachlich angemessene Besetzung der wissenschaftlichen Prüfungsämter und der Studienseminare entschiedener als bisher wahrzunehmen.
- Eine CDU-Landesregierung wird das Referendariat auf 24 Monate ausdehnen und die Anrechnung des Referendarunterrichts auf die Bedarfsdeckung des Unterrichts schrittweise abschaffen.
- Die Lehrerfortbildung in Hessen, die in den letzten Jahren weitgehend politische mißbraucht wurde, muß sich in Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft wieder ihren eigentlichen Aufgaben, nämlich der pädagogischen und fachlichen Fortbildung, zuwenden. Dabei ist auch ein Erfahrungsaustausch zwischen Schulpraktikern, Wissenschaftlern und Eltern anzustreben.
- Die Lehrerfort- und -weiterbildung ist auch in den Ferien anzubieten.

5. Elternrecht durchsetzen

Grundgesetz und Hessische Verfassung garantieren das vorrangige Erziehungsrecht der Eltern. Im Bereich der Schulen haben Staat und Elternhaus einen gemeinsamen und gleichgeordneten Erziehungsauftrag. Im Zweifelsfalle gilt jedoch auch hier der grundgesetzlich verankerte Vorrang des elterlichen Erziehungsrechtes gegenüber dem staatlichen Anspruch. Die hessische Schulpolitik der letzten Jahre hat diesen Grundsatz verlassen und den Elternwillen ständig mißachtet. Die CDU wird deshalb das individuelle Elternrecht stärken:

- durch freie Wahl der Bildungswege im Anschluß an die Grundschule.
- durch eine Gestaltung der Bildungsinhalte, die dem partnerschaftlichen Auftrag von Elternhaus und Schule entspricht.

Das Elternmitwirkungsrecht, das durch eine Gesetzesänderung so überkompliziert gestaltet wurde, daß es auf Kreis- und Landesebene von juristischen Laien kaum noch gehandhabt werden kann, wird drastisch vereinfacht.

Die Mitwirkungskompetenzen der Elternvertretungen werden insbesondere bei der Entscheidung über Schulversuche sowie bei Schulentwicklungsplanungen erweitert.

6. Schulaufsicht neu ordnen

Die Errichtung von staatlichen Schulämtern auf Kreisebene hat die Schulaufsicht komplizierter und teurer gemacht, die schulfachlichen Belange zugunsten von Bürokratisierung und Politisierung zurückgedrängt und insgesamt das Ziel, die Schulaufsicht wirkungsvoller zu gestalten, verfehlt. Eine pädagogische Schulaufsicht findet in Hessen trotz vermehrter Behördenapparate weitgehend nicht statt. Die CDU hält am Grundsatz der einheitlichen Dienst-, Rechts- und Fachaufsicht im Schulwesen fest und strebt folgende Änderungen an:

- Im Zuge einer größtmöglichen Entbürokratisierung sollen den Schulen mehr Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse in eigener Zuständigkeit übertragen werden. Die Schulleiter müssen mit den Rechten ausgestattet werden, die ihrer Verantwortung entsprechen. Die pädagogische Schulaufsicht, die sowohl Beratungstätigkeit als auch fachliche Aufsicht im engeren Sinne ist, muß gegen die Tendenz durchgesetzt werden, Schulaufsicht nur noch als Rechtsaufsicht zu verstehen.
- Eine CDU-Regierung wird die Zahl der Vorschriften im Bereich des Schulwesens rigoros vermindern und praxisnahe Rechtsgrundlagen entwickeln, die die pädagogische Arbeit erleichtern und der Schule einen Freiraum zur Eigengestaltung belassen.
- Eine CDU-Regierung in Hessen wird die staatlichen Schulämter mit ihrer derzeitigen Aufgabenstellung nicht beibehalten. Die Schulaufsicht wird neu geordnet mit dem Ziel, daß pädagogische Schulaufsicht in Hessen wieder stattfinden kann.

7. Mehr Gestaltungsfreiheit für Schulträger

Die CDU will das Verhältnis zwischen Landesregierung und Schulträgern, das von Zwangsmaßnahmen und schikanösen Einriffen des Kultusministers in die kommunale Selbstverwaltung geprägt ist, grundlegend verbessern:

- Die überbürokratisierten, vielfältigen Genehmigungsvorschriften für Schulbauten, Schulentwicklungsplanungen und organisatorische Änderungen im Schulwesen müssen entrümpelt und auf das notwendige Mindestmaß beschränkt werden.

- Gemeinsam mit den Schulträgern und den kommunalen Spitzenverbänden ist zu prüfen, ob die Schulträgerschaft für die Grund- und Hauptschule an die Gemeinden zurückgegeben werden kann.
- Schulbaumittel sollen in Zukunft vom Land auch für die notwendige Sanierung bestehender Schulen zur Verfügung gestellt werden.
- Schulträger sollen in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium dafür sorgen, daß Hindernisse für ein aktives Schulleben (Arbeitsgemeinschaften, Feste, Klassenraumgestaltung usw.) aus dem Wege geräumt werden.

8. Vorrang für die Grundschulen

Die CDU setzt einen deutlichen Schwerpunkt bei dem Bemühen um eine solide Grundschule. Sie legt ein gleiches Bildungsfundament für alle und führt dann in behutsamer Form zum späteren Fachunterricht. Auf keiner Altersstufe sind Schüler so sehr auf feste Bezugspersonen wie in der Grundschule angewiesen: Deshalb tritt die CDU für das Klassenlehrer-System ein. Auf keiner Altersstufe ist die Aufnahmefähigkeit und Empfindlichkeit gegenüber unpersönlichen Massensystemen größer. Ziel der CDU-Politik sind daher überschaubare Grundschulen und kleine Grundklassen. Die weitere Grundschulentwicklung soll sich an folgenden Zielen orientieren:

- Grundschulen müssen wohnortnah sein. Die Welle der Grundschulschließungen muß gestoppt werden. Auch Grundschulen, die vorübergehend unter die jetzt geltende gesetzliche Mindestgröße von 50 Schülern absinken, sollen erhalten bleiben. Besonders in den ländlichen Räumen müssen flexible Formen der Unterrichtsversorgung angewandt werden, um Schulstandorte zu sichern. Das schließt auch, soweit es unumgänglich ist, die Zusammenlegung von Jahrgängen ein. Ihre Lehrerversorgung ist durch schrittweise Senkung des Schüler-Lehrer-Verhältnisses zu sichern.
- Grundschulklassen sollen in der Regel nicht mehr als 25 Schüler haben. Die Mindestgröße von Grundschulklassen ist mit den Erfordernissen eines wohnortnahen Schulangebots in Übereinstimmung zu halten.
- Die Schulwege sollen so bemessen sein, daß unvermeidbare Schülertransporte eine Fahrtdauer von 20 Minuten in der Regel nicht überschreiten.
- Grundlegende Fähigkeiten und Fertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen müssen ebenso wie der musische Unterricht und die Bewegung in Sport und Spiel intensiv gefördert werden. Eine zu sehr fachwissenschaftliche Überlagerung der Grundschulpädagogik ist zurückzudämmen. Der Heimatkunde ist wieder mehr Gewicht beizumessen.
- Alle Schulen, insbesondere Grundschulen, brauchen in ihren Lehrplänen mehr Zeit für übendes Lernen, damit die Eltern bei der Betreuung der Hausaufgaben entlastet werden können und damit Kinder mit geringfügigen Lernbehinderungen nicht in Sonderschulen überwiesen werden müssen.

- Die CDU unterstützt nachhaltig den Aufbau von Vorklassen für schulpflichtige aber noch nicht schulreife Kinder. Die vorschulische Förderung dagegen ist ausschließlich als freiwilliges Zusatzangebot den Kindergärten zuzuordnen. Sie soll insbesondere den leistungsschwächeren und in ihrer Entwicklung gehemmten Kindern verbesserte Startchancen für die Schule geben. Hierbei hat die musische Erziehung und die Förderung der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit besonderes Gewicht.

9. Sonderschulen - Chancen für Behinderte

In der öffentlichen Zuwendung zu den Sonderschulen sehen wir eine wichtige Bewährungsprobe für die Idee der Humanität im Bildungswesen. Eine Landesregierung der CDU wird sich deshalb der Weiterentwicklung des Sonderschulwesens intensiv annehmen und dabei vordringlich folgende Zielsetzungen verwirklichen:

- Die Gliederung des Sonderschulwesens ist ausschließlich nach den Behinderungsarten auszurichten.
- Bei der Einrichtung von Ganztagsangeboten haben die Schulen für Körperbehinderte und Praktisch Bildbare Vorrang. Praktisch Bildbare Jugendliche erhalten ein Recht auf Schule bis zum achtzehnten Lebensjahr.
- Die Zuweisung von Sonderschullehrern, Erziehern und Therapeuten ist nach Kräften zu verbessern.
- Die Zusammenarbeit zwischen Grund-, Sonder- und Hauptschulen wird gefördert.
- Die Zusammenarbeit der Sonderschulen mit Betrieben des Handwerks, der Industrie und der Verwaltung ist zu verstärken, damit die berufliche Eingliederung von Sonderschülern besser vorbereitet werden kann.
- An der eigenständigen Ausbildung von Sonderschullehrern ist festzuhalten.

10. Keine Zwangsförderstufe

Die Förderstufe ist pädagogisch und wissenschaftlich umstritten. Der Zwang zum Besuch der Förderstufe schränkt das Elternrecht in unnötiger Weise ein. Eine landesweite, flächendeckende Einführung der Zwangsförderstufe wird es mit der CDU nicht geben. Die bisherigen Erfahrungen mit schulformabhängigen Förderstufen zeigen überwiegend, daß die unterschiedlichen Begabungen der Schüler nicht genügend berücksichtigt werden, so daß ein Teil der Schüler überfordert und andere Schüler dagegen in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Die CDU tritt deshalb auch unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus anderen Bundesländern für folgende Regelung ein:

Das fünfte und sechste Schuljahr an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen soll als Orientierungsphase konzipiert werden und nicht als eine eigenständige Stufenschule, die mit unerfüllbaren Versprechungen belastet ist. In dieser Orientierungsphase sollen die verschiedenen Schulformen zusammenwirken, damit mögliche Fehlentscheidungen nach dem Grundschulabschluß ohne Umwege korrigiert werden können. Die Einteilung in Kurse und das System der Auf- und Abstufungen entfallen dabei zugunsten des Klassenverbandes. Ein Überwechseln des Schülers von einer Schulform zur anderen wird ohne Zeitverlust ermöglicht.

11. Eigenwert der Hauptschule stärken

Die politisch gewollte Verödung der Hauptschulen in Hessen muß beendet und soweit wie möglich rückgängig gemacht werden. Die Gesamtschule hat die Hauptschule nicht gleichwertig ersetzen können. Die CDU will der Hauptschule ihren Eigenwert und ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Schularten zurückgeben. Dabei sollen folgende Grundsätze gelten:

- Die Hauptschule soll wohnortnah sein und eine überschaubare Größe haben. Bei zurückgehenden Schülerzahlen müssen ebenso wie bei der Erhaltung von Grundschulstandorten flexible Formen der Unterrichtsversorgung angewandt werden.
- Die Benachteiligung der Hauptschule bei der Zuteilung von Lehrkräften ist aufzuheben. Alle Schularten sind in der Mittelstufe gleichmäßig mit Lehrkräften zu versorgen.
- Die Hauptschulpädagogik muß unter den veränderten Bedingungen von heute wieder neu entwickelt werden. Dabei ist weitgehend vom Klassenlehrer-System auszugehen. Der anschauliche Unterricht hat in der Hauptschule eine hervorgehobene Bedeutung.
- In den Stundentafeln ist ein berufspraktisch orientierter Lernbereich Arbeit - Wirtschaft - Technik vorzusehen und der Fremdsprachenunterricht als Wahlfach anzubieten.
- Die berufspraktische Orientierung der Hauptschule ist durch eine institutionelle und personelle Zusammenarbeit mit den beruflichen Schulen sowie durch verstärkte Betriebserkundungen und Berufspraktika in den Abschlußklassen auszubauen. Dies kann auch als Modell für andere Schulformen übernommen werden.
- Die CDU setzt sich dafür ein, daß alle Ausbildungsgänge, für die ohne ausreichende Begründung ein mittlerer Bildungsabschluß oder das Abitur als Eingangsvoraussetzungen gefordert werden, wieder für Hauptschulabgänger geöffnet werden. Der Hauptschulabschluß muß auch in Zukunft mit neun Schuljahren erreichbar sein; ein zehntes Hauptschuljahr kommt nur als freiwillige Einrichtung in Frage.

12. Realschule aufwerten

Die CDU mißt der Entwicklung der Realschule und den mittleren Bildungsabschlüssen eine erhöhte Bedeutung bei:

- Die Realschule ist als allgemeinbildende Schule weder einseitig berufsbezogen noch studienorientiert. Sie gewährleistet eine abgeschlossene Bildung mit der Berechtigung zum Übergang auf berufliche weiterführende Schulen, insbesondere die Fachoberschulen, und auf die Gymnasien.
- Die Realschule hat ihre Schüler auf gehobene praktische Berufe in Handel, gewerblicher Wirtschaft, Verwaltung sowie im sozialpflegerischen Bereich vorzubereiten. Die Lehrpläne müssen dieser Aufgabe entsprechen. Zur besseren Berufsvorbereitung sind verstärkt Lerngruppen in Wahlpflichtfächern einzurichten, in denen technische, wirtschaftliche, hauswirtschaftliche und gestalterische Grundkenntnisse vermittelt werden.
- Die Qualität der Realschule hat einen bedeutsamen Einfluß auf die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, die Schulleistungen der Realschulabsolventen wieder auf das in der Tradition der deutschen Realschulen gewachsene Niveau zu bringen.

13. Das Gymnasium als pädagogische und organisatorische Einheit erhalten

Das Gymnasium muß als einheitlicher, nicht in Stufen zersplitterter Bildungsgang erhalten werden, der durch die Ziele der Allgemeinbildung und allgemeinen Studierfähigkeit bestimmt wird. Diese von der Hessischen CDU vertretene Auffassung wurde durch das Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofes vom 30.12.1981 bestätigt. Danach ist das in den letzten Jahren praktizierte Kurssystem in der gymnasialen Oberstufe ebenso wie die Zusammenfassung von Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde in dem Mischfach Gemeinschaftskunde verfassungswidrig.

- Eine CDU-Regierung wird eine gesetzliche Neuregelung der gymnasialen Oberstufe vorlegen, die sich an den vom Staatsgerichtshof dargelegten Verfassungsgeboten orientiert.
- Der Unterricht am Gymnasium muß bis zum Abitur breit gefächert sein, übertriebene Spezialisierung und unzusammenhängende Kursthemen vermeiden und so die allgemeine Studierfähigkeit der Abiturienten sichern. Dabei müssen für den Schüler auch in Zukunft sinnvolle Schwerpunktbildungen in der Oberstufe möglich sein.
- Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde sind anstelle von Gemeinschaftskunde als vollwertige Fächer wiederherzustellen.
- Das Benotungssystem der Oberstufe wird so angelegt, daß die Leistungsentwicklung des Schülers berücksichtigt wird.

14. Freie Schule fördern

Nichtstaatliche, freie Schulen müssen auch in Zukunft gegründet und frei geführt werden können. Ihr Bildungsangebot muß gegenüber dem öffentlichen Schulwesen gleichwertig, aber nicht gleichartig sein. Der Staat hat die Aufgabe, sich für die Existenzsicherung der freien Schulen einzusetzen. Die CDU wird einen pädagogischen Wettbewerb und ein geordnetes Miteinander zwischen öffentlichen und freien Schulen ermöglichen. Freie Schulen sind häufig Schrittmacher der pädagogischen Weiterentwicklung. Sie entlasten Staat und Gemeinden finanziell. Aus den staatlichen Finanzierungsregelungen für die freien Schulen müssen diskriminierende Bestimmungen gestrichen werden.

15. Berufliche Bildung ausbauen

Der Beruf ist ein Teil der Selbstverwirklichung des Menschen. Daher ist innerhalb unseres Bildungssystems der beruflichen Bildung der gleiche Rang wie der Allgemeinbildung einzuräumen. Schulische und betriebliche Berufsbildung sind zwei Teile der gleichen Aufgabe zur Vorbereitung auf die berufliche Existenz. Deshalb treten wir für den Ausbau und die Weiterentwicklung des dualen Systems der betrieblichen und schulischen Berufsbildung ein.

Die beruflichen Schulen sind beim Ausbau der Bildungseinrichtungen in der Vergangenheit vernachlässigt worden. Die CDU wird diese Fehlentwicklung korrigieren.

- Schulische und betriebliche Ausbildung müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Die Zusammenarbeit von beruflichen Schulen und Ausbildungsbetrieben ist zu fördern, unter anderem durch die verstärkte Einführung der phasengegliederten Berufsausbildung, vor allem im kaufmännischen Bereich. Die CDU setzt sich weiterhin für die Anerkennung der berufsschulischen Leistungen in den Lehrabschlussprüfungen ein.
- Durch die Vernachlässigung von grundlegenden Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, z. B. in der Beherrschung der deutschen Sprache, in Rechnen bzw. Mathematik und Physik, ist nicht nur die Studierfähigkeit der Abiturienten, sondern in gleichem Maße die berufliche Qualifizierungsmöglichkeit weiter Teile der Jugend gefährdet. Voraussetzung aller Verbesserungen im System der beruflichen Bildung ist daher die Rückkehr zu Solidität in den allgemeinbildenden Schulen sowie der qualitative Ausbau der Berufs- und Berufsfachschulen.
- Beim Ausbau der beruflichen Grundbildung ist, soweit nicht branchenspezifische Erfordernisse entgegenstehen, der kooperativen Form der Vorzug zu geben.
- Im Rahmen der Mittelzuweisung des Landes ist ein besonderer Schwerpunkt bei der Geräteausstattung und den Verbrauchsmaterialien der beruflichen Schulen zu setzen.

- Überbetriebliche Ausbildungsstätten werden besonders in strukturschwachen Gebieten gefördert. Sie sollen nicht die betriebliche Ausbildung ersetzen, sondern ergänzen und damit das duale System sichern. Schaffung und Trägerschaft von überbetrieblichen Ausbildungsstätten sollen maßgeblich der Wirtschaft anvertraut werden.
- Erfolgreich Gemeinschaftsprojekte von Arbeitgebern und Gewerkschaften (z. B. in der Bauwirtschaft) werden gezielt gefördert. Ihre jetzige Form soll weiterentwickelt werden.
- Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen, Fachschulen, Fachoberschulen und berufliche Gymnasien sollen weiterhin mit der Teilzeitberufsschule organisatorisch verbunden bleiben. Eine "Integration" der beruflichen Bildung in die allgemeinbildende Oberstufe lehnt die CDU ab. Sie würde die Berufsqualifizierung verfehlen.
- Berufsfachschulen sind in ihrer bewährten Konzeption zu erhalten.
- Die Abschlüsse im beruflichen Schulwesen sind den allgemeinbildenden Abschlüssen gleichzustellen.
- Die Bemühungen um eine qualitative Verbesserung der Berufsausbildung und die Verwirklichung des 12-stündigen Berufsschulunterrichts werden fortgesetzt.
- Als Alternative zu wissenschaftlich-theoretischen Studiengängen werden Berufsakademien bzw. betriebsbezogene Ausbildungsgänge in den Fachoberschulen errichtet. Sie gewährleisten eine Ausbildung in dualer Form und stehen für Bewerber mit mittlerem Bildungsabschluß bzw. bei der Berufsakademie mit allgemeiner- bzw. Fachhochschulreife offen.
- Der zweite Bildungsweg soll weiter gefördert werden.

16. Erwachsenenbildung

Die CDU strebt ein System der Erwachsenenbildung und Weiterbildung an, das im beruflichen, gesellschaftlich-politischen und persönlichen Bereich Hilfen zur Persönlichkeitsentfaltung und Daseinsbewältigung gibt und die Bereitschaft weckt, unsere verfassungsmäßige Ordnung zu unterstützen und mitzugestalten.

- Die Erwachsenen- und Weiterbildung stützt sich auf öffentliche und freie Träger der Bildungsarbeit. Bei der Förderung ihrer Arbeit sind die freigemeinnützigen Einrichtungen auf die Dauer den Volkshochschulen gleichzustellen und nach den gleichen Richtlinien zu fördern.
- Die vom Staat getragene und geförderte politische Bildungsarbeit muß auf dem Boden des demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaates erfolgen.

- Der bisherige Umfang der Erwachsenenbildungsarbeit der Volkshochschulen ist zu sichern.
- Insbesondere der beruflichen Fort- und Weiterbildung ist in Anbetracht des raschen Wandels in Wirtschaft und Verwaltung ein besonderes Gewicht beizumessen.

17. Freie und leistungsfähige Universitäten

Die Leistungsfähigkeit der Hochschulen ist mit der Wissenschaftsfreiheit und der Qualität von Forschung, Lehre und Studium untrennbar verbunden. Dieser Zusammenhang ist in den 70er Jahren vielfältig mißachtet worden. Die CDU wird dagegen in ihrer Hochschulpolitik folgende Grundsätze voranstellen:

- Die Freiheit der Forschung, der Lehre und des Lernens wird als Individualrecht beachtet und gegen Kollektivismus geschützt.
- Der freiheitliche Rechtsstaat muß an den Hochschulen wissenschaftliche Forschungsarbeit und Lehrtätigkeit unabhängig von politischen Dogmen und Mehrheiten ermöglichen.
- Wissenschaftspluralismus konkretisiert sich in der Vielfalt wissenschaftlicher Arbeitsmethoden. Er darf nicht als paritätisches Verhältnis ideologischer Gruppierungen und politischer Meinungen mißverstanden werden.
- Die verfaßte Studentenschaft muß sich eigenverantwortlich um die Wahrnehmung studentischer Angelegenheiten kümmern.

Die zurückgehenden staatlichen Finanzierungsmöglichkeiten zwingen dazu, bei der Verteilung der Mittel für die Hochschulhaushalte die gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse und die Arbeitsmarktlage stärker als bisher zu berücksichtigen:

- Studiengänge, denen auch nicht annähernd entsprechende berufliche Chancen gegenüberstehen, müssen deshalb zugunsten von Ausbildungswegen mit beruflicher Zukunftsaussicht schrittweise zurückgeführt werden.
- Eine CDU-Landesregierung wird die nicht funktionsfähige Landeshochschulkonferenz auflösen und stattdessen bei allen wesentlichen hochschulpolitischen Entscheidungen auf die Beratung durch einen fachbezogen zusammengesetzten Landeswissenschaftsrat zurückgreifen.
- Ein besonderer Schwerpunkt ist bei der Förderung zukunftssträchtiger Forschung und Lehre zu setzen. Die CDU wird deshalb eine zentrale Stellen- und Mittelreserve bilden, damit Ressourcen gezielt eingesetzt werden können.

- Die stagnierende Studentenwohnheimbau muß angesichts von in den 80er Jahren erneut ansteigenden Studentenzahlen fortgeführt werden. Dabei sind auch Konzepte zu prüfen, die einen Teil des Wohnheimbaues im Wege privater Finanzierung und durch gemeinnützige Träger beinhalten.
- Die Studienreform ist mit dem Ziel einer Straffung der Studiengänge fachbezogen voranzutreiben. An dieser Aufgabe müssen auch Sachkundige aus der beruflichen Praxis beteiligt werden.
- Die von den Studentenwerken an den einzelnen Hochschulen erbrachten Leistungen sollen unter dem Gesichtspunkt der Effektivität überprüft werden, insbesondere soll untersucht werden, ob nicht eine Verbesserung der Leistungen durch Reprivatisierung einzelner Teilbereiche erreicht werden kann.

Die Gesamthochschule Kassel muß dringend so konsolidiert werden, daß sie in ihrer Leistungsfähigkeit einen den anderen deutschen Hochschulen vergleichbaren Rang erhält. Dazu ist vor allem eine Neuordnung der Studiengänge unter folgenden Gesichtspunkten erforderlich:

- Beendigung wissenschaftlich nicht ausreichend qualifizierter Ausbildungsgänge,
- Rückkehr zur Systematik der Wissenschaftsfächer in Abstimmung mit den übrigen hessischen Hochschulen,
- Eigenständigkeit von Fachhochschulstudiengängen.

18. Fachhochschulen mit Praxisbezug

Die Entwicklung der Fachhochschulen wird gegenwärtig durch eine Gesetzgebung beeinträchtigt, die der Politisierung Vorschub leistet und in Teilbereichen das Leistungsprinzip außer Kraft setzt. Die CDU wird die gesetzlichen Grundlagen ändern und die Verwaltung und Selbstverwaltung der Fachhochschulen so organisieren, daß die Entscheidungskompetenzen nach Wissen und Können zugeordnet werden. Im Bildungskonzept der CDU haben die Fachhochschulen einen eigenständigen Auftrag. Sie sollen durch anwendungsbezogene Lehre auf berufliche Tätigkeiten vorbereiten, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern.

- Der Praxisbezug der Fachhochschulen soll durch ständigen Kontakt mit Vertretern und Einrichtungen der beruflichen Praxis und der Wirtschaft gestärkt werden.
- Im Rahmen ihres Bildungsauftrages nehmen die Fachhochschulen auch Forschungs- und Entwicklungsaufgaben wahr.

- Die Übertragung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis der Wirtschaft ist systematisch zu fördern.
- Die in anderen Bundesländern bereits bewährten Praxissemester müssen nach und nach auch in Hessen in den Studiengängen verankert werden.
- Die Hochschullehrer an Fachhochschulen sollen als zusätzliche Einstellungsvoraussetzung über eine mindestens 5-jährige Praxiserfahrung außerhalb der Hochschule verfügen.
- Der Zugang zu den Fachhochschulen muß verstärkt nach einem entsprechenden Qualifikationsnachweis über die im Beruf erworbenen Kenntnisse ermöglicht werden.

19. Mehr Aufmerksamkeit für die Aufgaben der Kunst- und Kulturpflege

Der gesamte Aufgabenbereich der Kunst- und Kulturpflege ist in Hessen vernachlässigt worden. Er mußte zu sehr hinter den erhöhten Ausgaben für eine ideologisch bestimmte Bildungspolitik zurückstehen. Diese falsche Gewichtsverteilung muß so korrigiert werden, daß die Kulturförderung des Landes Hessen einen angemessenen Rang neben der vergleichbarer Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg einnimmt. Die kulturellen Bemühungen der Stadt Frankfurt haben für die zukünftige Landespolitik insbesondere durch Toleranz in der Kulturpolitik auf diesem Gebiet ein Beispiel gegeben.

- Musik, Theater, bildende Kunst, Museen, Bibliotheken und Archive sollen durch öffentliche Mittel gefördert werden. Dabei wird sich die CDU um regionale Ausgewogenheit bemühen.
- Für die hessischen Museen wird ein Ankaufsfond errichtet. Auch die nichtstaatlichen Museen werden unabhängig von ihrer unterschiedlichen Trägerschaft in ein gemeinsames Förderungskonzept einbezogen.
- Bei den hessischen Staatstheatern ist eine Betriebsführung nach dem Eigenbetriebsgesetz zu erproben. Die Theatersubventionierung muß den Gesichtspunkt der regionalen Ausgewogenheit erheblich besser als bisher berücksichtigen.
- Die CDU tritt für ein leistungsfähiges System der Förderung von Jugendmusikschulen und Jugendkunstschulen ein.
- Wir wollen einen leistungsfähigen Denkmalschutz erreichen. Die Aufgaben der Denkmalpflege müssen in den Ausbildungsgängen von Architekten, Stadtplanern und Bauhandwerkern mehr als bisher Berücksichtigung finden.
- Die CDU befürwortet die Errichtung eines Denkmalfonds, um eine fortschreitende, von den Haushaltsmitteln unabhängiger werdende Finanzierung von Denkmalschutz und Denkmalpflege zu sichern.

Soziale Ordnung, Arbeitswelt und Familie

Die Sozialpolitik der kommenden Jahrzehnte steht vor völlig neuen Herausforderungen. Das soziale Netz der Bundesrepublik, im wesentlichen von der CDU geschaffen, drohte zu zerreißen, hätte nicht die neue Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl die notwendigen Weichen zu seiner Sanierung gestellt.

- Zur Finanzierung der sozialen Leistungen brauchen wir eine solide Wirtschaftspolitik, die die Grundlagen einer gesunden Wirtschaftsentwicklung wiederherstellt und zu einem Wachstum des Sozialprodukts führt.
- Sozialleistungen waren teilweise so gestaltet worden, daß ihre Inanspruchnahme für einige interessanter war als arbeiten.
- Die Sozialversicherungsbeiträge für Arbeiter, Angestellte und Unternehmen werden in absehbarer Zeit die Grenzen des Zumutbaren erreicht haben.
- Eine riesige Umverteilungsbürokratie ist entstanden, die einen beträchtlichen Teil der Mittel schluckt, die eigentlich den Leistungsempfängern zugute kommen sollte.
- Der Altersaufbau unserer Bevölkerung verschiebt sich dramatisch: 1940 waren 7 Prozent der Bevölkerung 65 Jahre und älter, heute beträgt dieser Anteil 18 Prozent. 1965 wurden in Hessen noch 80 000 Kinder geboren, 1982 nur noch 54 000. Langfristig werden immer weniger Berufstätige für immer mehr Alte und - weil die Ausbildungszeiten länger geworden sind - Jugendliche aufkommen müssen.
- Selbst Experten überschauen nicht mehr den Dschungel an sozialen Leistungsgesetzen. Es droht ein Zwei-Klassen-System: Eine Gruppe von Leistungsempfängern durchschaut den Wust an Vorschriften und nutzt sie, andere aus Scheu und Unkenntnis nicht. Mißbräuchliche Inanspruchnahme sozialer Leistungen nimmt zu.
- Die Arbeitslosigkeit in Hessen hatte durch eine verfehlte, weil ideologisierte Wirtschafts- und Finanzpolitik SPD-geführter Landesregierungen in Bund und Land in den Wintermonaten 1982/83 einen beängstigenden Höchststand erreicht. Die Unterwerfung der SPD-geführten geschäftsführenden Landesregierung unter den Willen der Grünen gefährdet den Aufschwung in Hessen.

Vor diesen Herausforderungen brauchen wir eine Sozialpolitik von neuer Qualität:

1. Sicherung der Beschäftigung

Die Arbeitslosigkeit kann durch landespolitische Maßnahmen nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn auf gegenläufige Konzepte zur Bundespolitik verzichtet wird. Den Aufschwung müssen wir jetzt auch von Hessen her mittragen. Daher wird eine von der CDU-geführte hessische Landesregierung einen Katalog aufeinander abgestimmter Maßnahmen zum weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit vorlegen:

- Die CDU wird die ideologische und bürokratische Blockade beschäftigungssichernder Investitionen aufheben. Dies gilt vor allem für die Bereiche Medientechnologie, Energieversorgung, Verkehrswesen und Wohnungsbau. Sie wird insgesamt die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Investitionen verbessern.
- Die CDU wird durch eine solide Finanzpolitik, die die Verschuldung mittelfristig zurückführt und den Investitionsanteil in den öffentlichen Haushalten anhebt, die Voraussetzungen für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung verbessern und dadurch mehr Arbeitsplätze schaffen.
- Steuererhöhungen und Sonderabgaben, die noch mehr Schwarzarbeit und Arbeitsunlust schaffen, wird es bei der CDU nicht geben.
- Wir begrenzen die Steuer- und Abgabenlast so, daß Arbeitsleistung, Investitionen und Initiative nicht länger bestraft werden.
- Den Klein- und Mittelbetrieben kommt in unserer Wirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Ihre Benachteiligung durch steuerliche Belastungen und zusätzlichen bürokratischen Aufwand ist zu bekämpfen.

2. Wende in der Wohnungspolitik notwendig

Die sozialistische Wohnungspolitik der Vergangenheit hat auf dem freien Markt zu starken sozialen Ungerechtigkeiten geführt: Diejenigen, die schon lange eine Wohnung hatten, genossen eine überaus starke Absicherung durch die Mietgesetze, während diejenigen, die eine Wohnung suchten - vor allem junge Familien und beruflich mobile Menschen - unter der Wohnungsknappheit litten. Der Schutz zugunsten derjenigen, die schon Wohnraum hatten, hatte sich damit zunehmend zu Lasten derjenigen ausgewirkt, die Wohnungen suchten.

Die CDU setzte auf Bundesebene eine Wende in der Wohnungspolitik durch und fordert die Verwirklichung dieser Ziele auch auf Landesebene:

- Mehr Wohnungen durch soziale Marktwirtschaft.
- Mehr Hilfe zur Selbsthilfe.
- Mehr soziale Treffsicherheit zugunsten einkommensschwacher Bevölkerungskreise.

Die Kassen Hessen sind leer. Deshalb gibt es nur einen erfolgversprechenden Weg zur Verbesserung der Wohnungsversorgung, der die folgenden fünf Maßnahmen bündelt:

- Steuerliche Anreize für Privatinvestitionen.
- Abbau von gesetzlichen Hemmnissen für private Investitionen.
- Mobilisierung der ausgegebenen öffentlichen Mittel durch schrittweisen Abbau der Mietpreis- und Belegungsbindung.
- Konzentration der wenigen öffentlichen Mittel auf die wirklich Einkommensschwachen.
- Individuelle Absicherung der einkommensschwachen Bevölkerungskreise über das Wohngeld sowie über Belegungsbindungen der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften.

Die CDU traf vor der Bundestagswahl am 6. März dieses Jahres wichtige wohnungspolitische Maßnahmen. Die CDU Hessen bekräftigt diese Ziele und wird sich für deren Verwirklichung auch in Hessen einsetzen:

- Ja zur verstärkten Fortführung der Eigentumsförderung, selbstverständlich aber auch Förderung des Mietwohnungsbaus. Nein zum Vorrang der Förderung des Mietwohnungsbaus. Der Umzug in eine eigene Wohnung macht eine Mietwohnung frei.
- Ja zu breiter Einkommensbildung, daher Nein zur Hortung tausender Wohnungen bei den Wohnungsbaugesellschaften. Wir fordern verstärkte Anstrengungen zum Verkauf öffentlich geförderter Wohnungen auf der Basis beidseitiger Freiwilligkeit.
- Ja zu marktwirtschaftlichen und deshalb Nein zu dirigistischen Lösungen. Wir brauchen mehr soziale Wohnungsmarktwirtschaft unter sozialpolitischer Absicherung über das Wohngeld. Deshalb Wohnungsversorgung grundsätzlich über den Markt; sozial schwachen Familien soll durch Wohngeld geholfen werden. Die knappen öffentlichen Mittel müssen im sozialen Wohnungsbau für die Bevölkerungsgruppen konzentriert werden, die am Markt keine Wohnung finden können.
- Ja zum Kündigungsschutz, aber Lockerung bei familiärem Eigenbedarf.
- Ja zu mehr Vertragsfreiheit im Mietwohnungsbaus und deshalb Nein zum staatlichen Zwang. Das heißt: Ja zur Möglichkeit von Vereinbarungen von Staffelmieten bei Neuabschlüssen von Mietverträgen, Nein zur geplanten Beschränkung der Staffelmieten nur auf Neubauten.
- Ja zu Anreizen zu Vermietungen von leerstehenden Wohnungen durch befristete Mietverträge und deshalb Nein zu staatlichen Geboten und Verboten.

- Ja zu steuerlichen Anreizen und deshalb Nein zu Subventionen.
- Ja zur öffentlich geförderten Modernisierung durch den Mieter auf freiwilliger Basis und deshalb Nein zu einer Duldungspflicht des Vermieters.
- Ja zur Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes und deshalb Nein zur Verteufelung eines Gewinns. Allein die Wirtschaftlichkeit ist Voraussetzung für Investitionen.
- Ja zu mehr sozialer Gerechtigkeit, das heißt Kritik und Beseitigung ungerechtfertigter Besitzstände. Deshalb Ja zur Beseitigung des öffentlichen Ärgernisses von Fehlbelegungen durch schrittweise Heranführung der Sozialmieten an die Vergleichsmieten.
- Wir brauchen auf dem Gebiet der Wohnungspolitik nicht mehr, sondern weniger und andere Gesetze. Es muß also in Hessen genau der Weg begangen werden, den die neue Bundesregierung eingeschlagen hat.

Mehr soziale Wohnungsmarktwirtschaft in der Wohnungspolitik ist nach Auffassung der CDU sozialer und gerechter als mehr staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt. Staatliche Wohnungspolitik muß wieder den sozialen Auftrag des Staates ernst nehmen, die einkommensschwachen Bevölkerungskreise zu tragbaren Mieten mit Wohnungen zu versorgen. Wer dieser staatlichen Hilfe nicht dringend bedarf, kann und soll sich selbst und eigenverantwortlich versorgen. Damit dienen wir dem Bürger, seinen individuellen Wünschen - und der Freiheit.

3. Mehr Vertrauen in die Arbeit der freien Träger

Die öffentliche Hand darf nicht an sich ziehen, was Mitbürger unmittelbar füreinander tun können. Freie Träger sind es, die den Bürger ansprechen und aktivieren, die ihn bereit machen, soziale Verantwortung zu übernehmen.

In der sozialen Betreuung haben sich die freien Wohlfahrtseinrichtungen in der Jugendarbeit, Altenbetreuung, Drogenberatung, Rehabilitation, Behindertenhilfe, Nüchternhaftenbetreuung, in ambulanten Pflegediensten und auf ähnlichen Gebieten bewährt.

Die CDU hat Vertrauen in die Arbeit der freien Träger. Eine CDU-geführte Landesregierung wird den Freiraum und die Gestaltungsmöglichkeiten für die freien Träger vergrößern.

4. Sicherung der Familie

In der Familie wird die Grundlage für die Entwicklung der Persönlichkeit des jungen Menschen gelegt. Die Familie vermittelt Geborgenheit, freie Entfaltung der Persönlichkeit, gegenseitige Rücksichtnahme und Hilfe, Treue, Toleranz, Verantwortungsbereitschaft.

Ohne diese menschlichen Werte können wir in unserer Gesellschaft nicht auskommen. Die Familie wirkt bestimmend auf die Zukunft und das Zusammenleben unserer Gemeinschaft.

In sinkenden Geburtenzahlen, einer Zunahme der Ehescheidungen und Schwangerschaftsabbrüche zeigen sich schwerwiegende gesellschaftliche Probleme. Wir bezahlen dies mit den Folgekosten von Jugendkriminalität, Drogensucht, Alkoholismus und zunehmendem "Aussteigertum". Es ist jetzt höchste Zeit für eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Politik.

Die Familienpolitik der Union geht von der Ehe als einer Gemeinschaft aus, die aus Partnerschaft angelegt ist. Partnerschaft in der Familie bedeutet, daß Mann, Frau und Kinder sich gegenseitig in ihrem Eigenwert anerkennen, füreinander verantwortlich sind und ihre Aufgabe in Familie, Beruf, Gesellschaft und Freizeit gleichberechtigt wahrnehmen. Eltern tragen gemeinsam die Verantwortung für ihre Kinder.

Die Erziehung der Kinder ist Aufgabe und Pflicht der Eltern. Ein staatliches Erziehungsmonopol, das die Eltern beiseite drängt und behördlichen Eingriffen Vorschub leistet, darf es nicht geben! Vor allem dürfen durch Gesetze, Erlasse und Maßnahmen des Landes in der Schule keine Konflikte zwischen Eltern und Kindern geschürt werden.

Die Lebensbedingungen für die Familie hatten sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Eine Politik, die die Familie links liegen ließ, erschwerte vielen Ehepaaren, ihren Wunsch nach Kindern zu verwirklichen. Arbeitswelt und soziale Ordnung müssen sich daher stärker an den Bedürfnissen der Familie orientieren.

Wir brauchen daher eine geistige Offensive zugunsten der Familie. Wir brauchen eine Politik, die die Familie ideell und materiell wieder stärkt. Wir brauchen auch in Hessen eine Umsetzung der familienfreundlichen Politik Helmut Kohls.

Ausgaben zur materiellen Sicherung der Familie sparen Folgekosten in anderen Bereichen. Sie sind Investitionen in die Zukunft unseres Volkes. Wer sagt, eine Reform des Familienlastenausgleichs sei nicht finanzierbar, übersieht, daß die außerfamiliäre Erziehung von Kindern teurer ist als Familienerziehung und daß der Generationenvertrag in der Altersversorgung nur durch Familien mit Kindern sichergestellt werden kann. Die CDU wird deshalb die soziale Absicherung der Erziehungsleistungen anstreben und Steuergerechtigkeit für die Familie schaffen. Das gilt auch für alle alleinerziehenden Mütter und Väter.

Die CDU will eine kinderfreundliche Umwelt. Deshalb tritt sie für

- die Berücksichtigung von Familien und Kindern in der kommunalen Bauleitplanung,
- die Einführung eines Kindergartengesetzes, sobald die Haushaltslage Landeszuschüsse erlaubt,
- die Schaffung von Erholungs- und Spielflächen in Wohnbereichen,
- kurze und sichere Wege zu Kindergärten und Schulen,
- die Erhaltung kleiner Schulen.

Der Gesundheit der Kinder gehört die besondere Aufmerksamkeit der CDU. Schwerpunkte der Gesundheitsfürsorge müssen sein:

- Mehr Aufklärung und Werbung über Vorsorgeuntersuchungen für Mütter und Kinder.
- Kinderfreundliche Krankenhäuser und verbesserte Kontaktmöglichkeiten zwischen Kindern und ihren Eltern im Krankenhaus.
- Eine verstärkte Aufklärung über Suchtgefahren.

5. Offensive für die Frau

Frauen haben durch den gesellschaftlichen Wandel neue Chancen erhalten. Sie sind aber auch neuen Belastungen und Benachteiligungen ausgesetzt. Für die CDU gehört die Gleichberechtigung von Mann und Frau ganz einfach zum Verständnis von Menschen. Die CDU preßt aber die Frauen in kein vorgefertigtes Leitbild.

Gleichberechtigung heißt Wahlfreiheit für eine Vielzahl von Lebensmöglichkeiten. Das gilt für Frauen und Männer gleichermaßen.

Immer mehr Frauen schätzen ihren Beruf - und dies nicht nur aus finanziellen Gründen. Die Wertschätzung des Berufs und einer eigenständigen Tätigkeit bedeuten für viele Frauen nicht Geringschätzung der Familie. Darum wird die CDU dafür sorgen, daß die Frauen die Chance haben, zwischen Familie, Erwerbstätigkeit oder einer Verbindung von Familie und Erwerbstätigkeit auch wirklich wählen können. Deshalb fordert die CDU die Gleichwertigkeit von Familientätigkeit und Berufstätigkeit und die Anerkennung der Familientätigkeit in der sozialen Absicherung.

Darüber hinaus will die CDU bessere Voraussetzungen für den Wiedereintritt von Frauen in das Berufsleben erreichen. Der Zugang zu bestimmten Ausbildungsmöglichkeiten der Frau darf nicht an eine Altersgrenze gebunden werden. Der öffentliche Dienst wird aufgefordert, bei diesen Maßnahmen beispielgebend zu wirken. Deshalb fordert die CDU:

- Die Überprüfung aller Gesetze, Verordnungen, Arbeitsschutzbestimmungen und Ausbildungsvorschriften darauf, ob sie noch zeitgemäß sind, ob sie tatsächlich dem Gesundheitsschutz dienen oder ob sie in ihren Auswirkungen unnötig die Berufschancen von Frauen beeinträchtigen.
- Ein größeres Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in gewerlich-technischen und naturwissenschaftlichen Berufen für Mädchen.
- Eine Erhöhung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft sowie die Möglichkeit der Teilung eines Arbeitsplatzes (Job-Sharing) für Männer und Frauen.
- Mädchen und Frauen in allen Laufbahnen des öffentlichen Dienstes gegenüber Männern nicht zu benachteiligen.
- Gleichberechtigte Ausschreibungen von Stellen für Männer und Frauen.
- Eine Verbesserung der Situation alleinerziehender Frauen und Männer.
- Wirksame Maßnahmen zum Abbau von Frauenarbeitslosigkeit.

Die CDU bekennt sich zu dem Grundsatz: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.

6. Ältere Mitbürger in unserer Gesellschaft

Unsere älteren Mitbürger brauchen unser Verständnis, unsere Zuwendung und Unterstützung. Hier ist jeder einzelne von uns gefragt, insbesondere aber die Familien und die freigemeinnützigen Verbände. Nur soweit diese Hilfe nicht ausreicht, muß der Staat unmittelbar tätig werden.

- Die CDU wird alle öffentlichen Leistungsangebote für unsere älteren Mitbürger daraufhin überprüfen, ob sie in Zukunft nicht in verstärktem Maße von freien Trägern übernommen werden sollten.
- Die CDU wird die ambulante pflegerische Betreuung im Rahmen von Sozialstationen besonders fördern, damit alte Menschen solange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben können.
- Aber auch alte Menschen, die auf ein Heim angewiesen sind, müssen zwischen verschiedenen Möglichkeiten wählen können. Deshalb sollte auf Dauer in Hessen ein flächendeckendes Angebot an Altenwohnheimen, Altenwohnungen, Altenheimen mit Pflegeabteilungen und Altenkrankenheimen zur Verfügung stehen.
- Die Finanzierung der Pflegekosten in Alteneinrichtungen muß auf lange Sicht versicherungsrechtlich so geregelt werden, daß die dort lebenden älteren Mitbürger nicht auf Sozialhilfeleistungen und Taschengeld angewiesen sind.

- Neue Formen des Übergangs vom Berufsleben in den Kernstand müssen weiter entwickelt werden.
- Freie Träger und die vielfältigen Vereine werden von uns bei ihrem Bemühen unterstützt, durch Freizeit- und Bildungsangebote die Kontaktpflege zwischen den Generationen zu verbessern.

7. Mehr Zukunftschancen für unsere Jugend

Auf die heutigen Jugendprobleme gibt es keine fertigen Antworten. Sicher ist aber, daß die Probleme weder durch höhere staatliche Zuschüsse an Jugendorganisationen noch durch neue Gesetze, Verordnungen und Erlasse gelöst werden können, da die Ängste und Sorgen der Jugend meist nicht auf materieller Not beruhen. Die Fragen der Jugendlichen sind anderer Art als früher. Deshalb müssen auch die Antworten neu überlegt werden. Die CDU Hessen und eine von ihr geführte Landesregierung wird den Dialog mit der Jugend suchen und führen. Für die CDU heißt aber "Dialog" nicht "Nach-dem-Munde-reden". Vielmehr ist es notwendig, auch mit der Jugend in der Sache zu streiten, denn sie besitzt nicht nur den Anspruch, sondern auch die Pflicht, eine andere Meinung zu hören und tolerieren zu lernen. Die CDU will mit der Jugend gemeinsam Antworten auf wichtige Fragen suchen:

- Wie kommt es, daß es einer Jugendgeneration materiell noch nie so gut gegangen ist wie der jetzigen und daß sie in großen Teilen dennoch oder gerade deshalb unzufrieden scheint wie kaum eine andere Jugendgeneration vor ihr?
- Wie ist es möglich, daß auf der einen Seite staatliche Institutionen wie Kirchen, Politiker und andere sich in so starkem Maße für junge Menschen engagieren und dennoch auf der anderen Seite subjektiv das Gefühl einer Vernachlässigung wächst?
- Wie kommt es, daß immer mehr Kinder und Jugendliche das elterliche Haus verlassen und auf "Selbständigkeit und Freiheit" drängen?
- Worauf ist die in Teilen der Jugend festzustellende Selbstausbürgerungstendenz zurückzuführen, wie dies beispielsweise in der Form der Drogenabhängigkeit, des Aussteigens und Verweigerens und der steigenden Zahl von Sozialhilfeempfängern im Jugendbereich zum Ausdruck kommt?
- Warum haben viele Jugendliche Angst vor der Zukunft?

Die CDU versucht Antworten auf diese Fragen zu geben. Die Antworten sind keine Patentrezepte, es sind Lösungsansätze, die den jungen Menschen Mut für die Zukunft machen sollen und können. Die Ausgestaltung der Zukunft der jüngeren Generation ist eine Aufgabe, die mit der Jugend und nicht ohne sie gelöst werden kann:

- Das Jugendpolitische Konzept der CDU geht über den Bereich der engeren Jugendhilfe hinaus und bezieht auch Bereiche wie Familienpolitik, Bildungspolitik, Ausbildungsförderung und Arbeitsmarktpolitik mit ein.
- Die CDU unterstützt das Engagement vieler Jugendlicher gegen die Einengung des persönlichen Handlungsspielraums und der Freiheiten durch übermäßige und überflüssige bürokratische Bevormundung.
- Staat und Gesellschaft müssen für junge Menschen überschaubar sein und Anreize zur Mitgestaltung bieten, um Orientierungslosigkeit und Vereinzelung zu vermeiden. Statt einer Politik der Zentralisierung und Konzentration brauchen wir eine Politik, die kleine Einheiten stärkt, so z. B. die kleinen Schulen, die kleinen Krankenhäuser, die kleinen Betriebe.
- Wir wollen, daß Bildungseinrichtungen und Medien stärker als bisher die Vorteile und Chancen aufzeigen, die unsere Staatsform, unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dem Einzelnen bieten.
- Die Probleme der Jugend sind nur in gemeinsamer Verantwortung von älterer Generation und Jugend zu lösen. Die ältere Generation sollte dieser Verantwortung unter anderem durch verstärkte Bereitschaft zum Gespräch mit den Jugendlichen und durch beispielhaftes Handeln gerecht werden. Aber auch die Jugend ist verpflichtet, einen eigenen Beitrag für die Zukunft zu leisten. Sie hat nicht nur Rechte, sondern auch altersgemäße Pflichten in der Familie, am Arbeitsplatz und in gesellschaftlichen Einrichtungen.

8. Aktionsprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist eines der vorrangigen Ziele der Bundesregierung Helmut Kohl. Die CDU Hessen wird diese Ziele durch folgende Schwerpunkte unterstützen:

- Beseitigung aller ausbildungshemmenden Gesetze und Vorschriften, ohne den Jugendarbeitsschutz in seinem Kernbereich anzutasten.
- Mobilisierung aller Ausbildungsplatzreserven in Wirtschaft und Verwaltung zur langfristigen Sicherung und Stärkung des Fachkräftepotentials.
- Eine an den Fähigkeiten und Neigungen der jungen Menschen orientierte Bildungspolitik, Sicherstellung einer größeren Wahlfreiheit im Bildungswesen und vor allem Einräumung einer höheren Priorität der beruflichen Bildung.
- Mehr Information über Berufe, Ausbildungswege und Anforderungen der Berufswelt schon in den allgemeinbildenden Schulen.
- Erprobung neuer Ausbildungsorganisationsformen wie z. B. Ausbildungsverbund oder Ausbildungsplatzteilung.

Die CDU appelliert an die Sozialpartner, bei den Tarifverhandlungen zu berücksichtigen, daß die Entwicklung der Ausbildungskosten die Fähigkeit der Betriebe, Ausbildungsplätze anzubieten, wesentlich mitbestimmt.

Soweit die vorgeschlagenen Anregungen und Maßnahmen nicht ausreichen, ist der Staat aufgerufen, durch weitere gezielte Anreize die Ausbildungsbereitschaft zu stärken etwa durch steuerliche Erleichterungen für Betriebe, die überdurchschnittlich viel ausbilden.

9. Sportförderung ist öffentliche Aufgabe

Die CDU bekennt sich zur Selbstverwaltung des Sports in Hessen. Sie vertraut auf die erprobte und bewiesene Bereitschaft und Fähigkeit der über 6 100 Sportvereine, ihre Aufgaben in freier Verantwortung und Selbstverwaltung zu meistern. Für die CDU ist Sport

- Ort einer aktiven, von der Freude am Spiel und an der Bewegung bestimmten Erholung,
- ein unentbehrliches Mittel zur körperlichen Fitness zur Gesundheitsvorsorge ("Arzt am Krankenbett des Volkes"),
- ein verbindendes und gemeinschaftsbildendes Element in einer auseinanderstrebenden Gesellschaft,
- eine Möglichkeit, behinderten Menschen die Chance zur Glücksfindung und Rehabilitation zu geben,
- ein Mittel, das Zusammenleben mit ausländischen Mitbürgern zu gestalten.

Für die CDU stellt eine gezielte Förderung des Sports eine öffentliche Aufgabe dar, der sich die Gemeinden, Städte, Kreise und das Land nicht entziehen können.

Förderung und Unterstützung durch den Staat haben dort anzusetzen, wo die eigenen Kräfte und Mittel der freien Träger des Sports selbst nicht ausreichen.

- Dies gilt bei dem Bemühen, Sportstätten zu errichten und sie der Nutzung durch Vereine zu öffnen,
- dies gilt für die Unterstützung bei der Beschäftigung von Übungsleitern, ohne die kein geregelter Sport- und Trainingsbetrieb möglich ist,
- dies gilt für die Hilfe bei der Anschaffung langlebiger Sportgeräte, die notwendigerweise zur Ausrüstung sportlicher Betätigung gehören.

Die Unterstützung der ehrenamtlichen Mitarbeit in der hessischen Sportbewegung, der 1,6 Millionen Menschen als Mitglieder in Vereinen angehören, entspringt für die CDU in erster Linie aus der Überzeugung, daß Ehrenamtlichkeit ein Lebensprinzip darstellt, das der schleichenden Verstaatlichung vieler Lebensbereiche Einhalt gebieten kann.

Für die CDU gibt es keine sich ausschließenden Gegensätze zwischen Leistungs-, Breiten- und Schulsport. Sie erkennt den wechselseitigen Einfluß der verschiedenen Formen, in denen der Sport betrieben werden kann, an und bejaht die Förderung aller Arten des Sports. Sie bejaht aus Überzeugung das Ziel "Sport für alle".

Die CDU sieht sich als Partner der Sportbewegung und verfolgt mit Sympathie auch die Versuche, zu offenen Angeboten sportlicher Betätigung zu kommen. Sie wird Modellen der Sportbewegung aufgeschlossen gegenüberstehen.

10. Für eine bedarfsgerechte Gesundheitspolitik zu tragbaren Kosten

Gesundheitsleistungen müssen für die Bürger ohne Rücksicht auf ihre finanzielle Situation und ihren Wohnort zugänglich sein. Alle im Gesundheitswesen Beteiligten müssen im Interesse der Kosteneinsparung und aus Rücksicht auf die Gemeinschaft der Versicherten ihr Handeln auch an wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientieren. Zur Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten Gesundheitswesens zu tragbaren Kosten schlägt die CDU folgendes vor:

- Umfassende Informationen über Früherkennungsuntersuchungen sowie eine Intensivierung des schulärztlichen Vorsorgedienstes.
- Stärkere Verlagerung der stationären auf die ambulante ärztliche und zahnärztliche Versorgung sowohl unter humanitären als auch unter finanziellen Gesichtspunkten.
- Keine Konzentration der Krankenversorgung in wenigen Großkrankenhäusern. Dafür ortsnahe leistungsfähige Krankenhäuser sowie stationäre und ambulante Versorgungsmöglichkeiten, ein ausreichendes Angebot an Haus- und Fachärzten, Apotheken sowie Ausbau und Neuorganisation des nur teilweise funktionsfähigen öffentlichen Gesundheitsdienstes, damit den Bürgern im Krankheitsfall schnell und angemessen geholfen werden kann.
- Verbleiben kleiner und modern eingerichteter Krankenhäuser mit wirtschaftlichem Pflegesatz im Krankenhausbedarfsplan.
- Ermöglichung des früheren einjährigen Ausbildungsganges der Schwesternhelferin bzw. des Krankenpflegehelfers.
- Garantie der freien Arzt- und Krankenhauswahl, der freien Berufsausübung und Selbstverwaltung der Heilberufe und der gesetzlichen Krankenversicherung.

- Gemeindefür, ambulante und stationäre Alten-, Kranken-, Familien- und psychiatrische Versorgung, welche die medizinische Versorgung abrunden. Bei der Schließung von bestehenden Versorgungslücken im Gesundheitswesen sollen Städte und Gemeinden eng mit den ärztlichen Verwaltungsorganen zusammenarbeiten.

Die Kostensteigerung im Gesundheitswesen geht auf den drastischen Anstieg der Krankenhauskosten zurück. Unter Aufrechterhaltung des medizinischen Versorgungsstandes schlägt die CDU zur Senkung der Kosten im Gesundheitswesen folgende Maßnahmen vor:

- Einsparungen durch Bettenabbau, da der Bettenausnutzungsgrad derzeit mit 84,5 Prozent zu niedrig ist. Unter Umständen ein linearer Bettenabbau, soweit dies nicht den ortsnahen Versorgungsauftrag gefährdet.
- Reduzierung der Krankenhausverweildauer durch den Abbau und die Verbesserung der ambulanten Behandlung und Verstärkung der Hauspflege.

11. Behinderte sind Partner

Fast 400 000 behinderte Menschen leben in Hessen. Der Staat kann die Integration der Behinderten und ein partnerschaftliches Verhältnis von Behinderten und Nichtbehinderten nicht verordnen. Aber er muß die Voraussetzungen verbessern, unter denen Behinderte voll in Gesellschaft und Wirtschaft eingegliedert werden können. Schwerpunkte in der Politik für Behinderte müssen sein:

- Verhinderung von Behinderungen durch den Aufbau vorbeugender bzw. kompensierender Maßnahmen im Rahmen von humangenetischer Beratung, Schwangerschaftsberatung, Vorgeburts-Diagnostik, ärztlicher Kontrolluntersuchungen im 1. Lebensjahr und Frühförderungs- und Beratungsstellen; eine ortsnahe interdisziplinäre Zusammenarbeit ist hierbei anzustreben.
- Weitere Verbesserung des Angebots an Sonderkindergärten und Sonderschulen sowie Schaffung von Möglichkeiten, behinderte Kinder je nach Behinderungsgrad in bestehende Kindertagesstätten und Schulen aufzunehmen.
- Förderung der Ausbildung von Behinderten und bedarfsgerechter Ausbau des differenzierten Systems beruflicher Ausbildungs- und Rehabilitationseinrichtungen (Werkstätten für Behinderte, Berufsförderungswerke).
- Schaffung von mehr behindertengerechten Wohnungen und Wohnheimen mit dem Ziel, den Behinderten - je nach Behinderungsgrad - eine möglichst selbständige und unabhängige Lebensführung zu ermöglichen.

- Intensivierung und bessere Koordination zwischen staatlichen Stellen und den Behindertenverbänden bei Planung und Bau von Behinderteneinrichtungen.

- Unterstützung der freien Wohlfahrtsverbände, Behindertenverbände, Kirchen und Vereine in ihrem Bemühen, den Behinderten eine sinnerefüllte Freizeitgestaltung zu ermöglichen.

- Förderung des Einsatzes neuer Techniken (Computertechnik, Mikroprozessoren), um eine Verbesserung der Berufschancen und Arbeitsbedingungen für Behinderte zu erreichen.

- Schaffung von Transparenz im Behindertenrecht, um Ungerechtigkeiten abzubauen und neuen vorzubeugen.

12. Die Kriegsoffer und Hinterbliebenen sind nicht vergessen

Die soziale Absicherung und die gesellschaftliche Anerkennung der Kriegsoffer und Hinterbliebenen ist ein besonderes Anliegen der CDU. Wir werden Sorge dafür tragen, daß sie an Rehabilitationsmaßnahmen teilnehmen können, in einer Weise entschädigt und gesellschaftlich anerkannt werden, wie es im Hinblick auf ihre schweren Opfer und die allgemeine soziale Entwicklung geboten ist.

13. Bekämpfung des Alkohol-, Medikamenten- und Drogenmißbrauchs

Illegaler Rauschmittelhandel und -konsum sowie die Rauschmittelkriminalität sind in den vergangenen Jahren in einem erschreckenden Ausmaß gewachsen: Die Zahl der Drogentoten stieg in Hessen von 54 im Jahr 1976 auf 95 im Jahr 1980. Ein erheblicher Anstieg der bei der hessischen Polizei bekanntgewordenen Rauschgiftfälle ist ebenfalls festzustellen: 3 021 Rauschgiftfälle wurden der Polizei 1975 bekannt, 1980 waren es bereits 8 122 Fälle, eine Steigerung um rund 170 Prozent.

Zu Bekämpfung des Drogenmißbrauchs sind folgende Maßnahmen vorrangig:

- Verstärkte Aufklärung über die schädlichen Folgen des Suchtmittelmißbrauchs, insbesondere auch im Rahmen des Schulunterrichts.
- Ablehnung der Forderung nach Freigabe sogenannter "weicher Drogen".
- Schaffung einer ausreichenden Zahl von Therapieplätzen und Therapieeinrichtungen.
- Unterbindung des Drogenhandels und -konsums mit geeigneten Mitteln.

- Verstärkung und organisatorische Straffung der Bekämpfung der Drogenkriminalität und des Alkoholismus.
- Konzessionsentziehung bei den Wirten, in deren Lokalen mit ihrem Wissen Rauschgift umgesetzt wird, wenn dafür der eindeutige Nachweis vorliegt.
- Besondere Vorbereitung der Richter und Staatsanwälte auf die Bearbeitung von Rauschgiftsachen. Für die Bezirke mehrerer Schöffengerichte ist ein für Rauschgiftdelikte zuständiges Gericht festzulegen. In den Brennpunkten der Drogenkriminalität sind besondere Strafammern bei den Gerichten und besondere Abteilungen bei den Staatsanwaltschaften zur Behandlung der Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz einzurichten.
- Anwendung des Grundsatzes "Strafe und Therapie". Strafverfahren können bei Therapiewilligkeit und -erfolg ausgesetzt werden.
- Trennung der suchtabhängigen von den suchtfreien Gefangenen in Justizvollzugsanstalten.
- Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen zur Nachbetreuung und -sorge der aus der Therapie oder der Haft entlassenen Suchtkranken.
- Sofortige Ausweisung ausländischer Drogenhändler und -süchtiger.

14. Hessen: Heimat für Flüchtlinge, Heimatvertriebene und Aussiedler

Über 13 Millionen deutscher Vertriebener, Flüchtlinge und Aussiedler aus den Ostgebieten, Polen, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und aus Südosteuropa leben in der Bundesrepublik. Ein Fünftel der hessischen Bevölkerung sind deutsche Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler. Nachdem ihre soziale und wirtschaftliche Eingliederung größtenteils vollzogen ist, bleibt heute ihr Recht auf Heimat und ihre kulturelle Bindung an Heimat und Tradition zu fördern und zu unterstützen. Die Vertriebenenverbände leisten dabei einen wertvollen Beitrag.

Eine CDU-geführte Regierung in Hessen wird sich dafür einsetzen, daß

- die Vertriebenenarbeit ideell und finanziell gefördert wird, insbesondere die nachhaltige Unterstützung des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften,
- heimatpolitische, deutschlandpolitische und kulturelle Veranstaltungen, insbesondere der "Tag der Heimat", auf Landes- und auch Kreisebene unterstützt werden,
- die bestehenden ost- und mitteldeutschen Patenschaften in ihrer Tätigkeit bestärkt und neue Patenschaften begründet werden,

- der ebenfalls auch in Hessen gestartete Schülerwettbewerb mit ostkundlichen Themen fortgesetzt und hinsichtlich der Zielgruppen und Themen erweitert wird,
- Mahnmale, Wegweiser und Gedenkstätten, die an die Opfer der Vertreibung erinnern, errichtet werden,
- Voraussetzungen geschaffen werden, damit die dinglichen Kulturgüter aus den deutschen Vertreibungsgebieten gesammelt und erhalten werden können,
- auch ost- und mitteldeutsche Künstler gefördert werden,
- ein Besuchsgeld für die Besucher aus der "DDR" und den Vertreibungsgebieten gewährt wird,
- in der Lastenausgleichsgesetzgebung bestehende Mängel beseitigt und die Altersversorgung der ehemals Selbständigen verbessert wird.

Darüber hinaus wird sich eine CDU-geführte Landesregierung für die soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration der Aussiedler einsetzen, insbesondere durch

- intensive Unterrichtung in der deutschen Sprache,
- bessere Fortbildung im Berufsleben,
- intensive Betreuung in den Wohnheimen,
- schnellere Unterbringung in familiengerechten Wohnungen,
- Unterstützung der Verbände, die diese Eingliederung der deutschen Aussiedler fördern.

VII.

Ausländer in Hessen

Hessen hat einen sehr hohen Ausländeranteil. In Frankfurt, Offenbach und Rüsselsheim beträgt er bereits mehr als 20 Prozent der Wohnbevölkerung. Der Zustrom von Ausländern hält unvermindert an.

Die Arbeit der ausländischen Arbeitnehmer war für alle von Vorteil. Schwierige Arbeitsmarktprobleme wurden überwunden. Für viele ausländische Arbeitnehmer ergab sich die Möglichkeit, Arbeits- und Berufsqualifikation zu erwerben. Die vor uns liegenden schwierigen Probleme sind nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten menschengerecht zu bewältigen.

Der überproportionale Anstieg der Arbeitslosigkeit unter den Ausländern, die ungelösten Probleme der ausländischen Kinder in den hessischen Schulen, Fragen der Einbürgerung, insbesondere der zweiten und dritten Ausländergeneration, Wohnprobleme und Ghetto-Situationen, aber auch eine steigende Kriminalitätsentwicklung und politisch motivierte Demonstrationen unter ausländischen Mitbürgern verlangen nach einem Konzept, wie die sich aus der steigenden Zahl der Ausländer in Hessen ergebenden kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme gelöst werden können. Deutschland ist kein Einwanderungsland und darf nicht zum Einwanderungsland werden.

1. Grundsätze der Ausländerbeschäftigungspolitik

Die rasch steigende Zahl ausländischer Arbeitsloser ist nicht allein konjunkturbedingt. Auch aus strukturellen Gründen ist der weitere Zustrom ausländischer Arbeitnehmer auf den hessischen Arbeitsmarkt nicht mehr zu verkraften. Folgende Maßnahmen sind aus der Sicht der CDU unumgänglich, um die sozialen Konflikte zu mindern, die sich aus arbeitsmarktpolitischen Gründen bei einem weiteren Zustrom ausländischer Arbeitnehmer ergeben würden:

- Der bestehende Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte muß auf lange Zeit uneingeschränkt aufrechterhalten und seine bessere Einhaltung kontrolliert werden.
- Es muß überprüft werden, ob bzw. in welchem Umfang Sozialleistungen undifferenziert an Deutsche und Ausländer gleichermaßen zu vergeben sind. Der hohe Sozialstandard in Deutschland bietet vielen Ausländern Anreize, trotz auch hier drohender Arbeitslosigkeit ihren Aufenthaltsort bei uns zu wählen.
- Die Rückkehrbereitschaft und Rückkehrfähigkeit von Ausländern, insbesondere der ersten Generation soll unter anderem durch gezielte Anreize gefördert werden. Die Möglichkeiten der Auszahlung kapitalisierter Sozialversicherungsansprüche soll in diesem Zusammenhang geprüft werden.

- Bei den Angehörigen der zweiten und dritten Ausländergeneration, die hier in Deutschland bleiben wollen, ist das Gewicht auf eine verbesserte schulische und berufliche Qualifikation zu legen, denn eine entscheidende Ursache für die wachsende Arbeitslosigkeit unter den ausländischen Arbeitnehmern ist mangelnde fachliche Qualifikation.

- Wichtigste Vorstufe für einen erfolgreichen Schulbesuch ist der Kindergarten. Die CDU erkennt hier insbesondere die Arbeit der freien Träger an und fördert alle Initiativen, die bei ausländischen Eltern für den Kindergartenbesuch werben.

2. Ausländerkinder in der Schule

Die CDU wird verhindern, daß Kinder der ausländischen Mitbürger schulpolitisch undifferenziert gleich behandelt werden. Es müssen die wichtigen, den einzelnen Menschen in seiner Würde bestätigenden unterschiedlichen ethnischen, kulturellen und religiösen Gesichtspunkte beachtet werden. Deswegen wird die CDU für die schulische Betreuung ausländischer Kinder differenzierte Lösungen anbieten, die den unterschiedlichen Ausgangspositionen und Interessen gerecht werden. Dabei wird die CDU von folgenden Gesichtspunkten ausgehen:

- Erstrangig ist der Wunsch der ausländischen Eltern, ihr freier Elternwille. Gleichwertig ist die objektive Eignung des Kindes für die geeignete Schullaufbahn in einem hochdifferenzierten Schulwesen.
- Dieses hochdifferenzierte Schulangebot kann auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Gruppen am besten eingehen. Dabei muß insbesondere die Möglichkeit gewährleistet sein, daß sowohl diejenigen, die hierbleiben möchten, als auch diejenigen, die ins Heimatland zurückkehren wollen, die bestehenden Voraussetzungen dafür erhalten. Dazu ist eine bestmögliche Beratung und Aufklärung notwendig. Neben der Schule sind hier auch verstärkt ausländische Missionen, Betreuungsverbände, Vereine, Betriebe, Kommunen, Kirchen und andere gesellschaftliche Gruppen gefordert.
- Die Kenntnisse der deutschen Sprache sind so zu vermitteln, daß sich das Kind in Deutschland zurechtfindet und die notwendige berufliche Ausbildung erhalten kann. Gleichzeitig darf die Muttersprache als die Grundsprache des Kindes nicht übersehen werden, sondern ist in einer dem Elternwillen angemessenen Weise zu fördern und zur bestmöglichen Entfaltung zu bringen.

Ausgehend von diesen Grundsätzen wird die CDU das folgende schulpolitische Angebot für Ausländerkinder gewährleisten:

- In Regelklassen sollen Ausländerkinder aufgenommen werden, deren Eltern hier leben wollen und die gute Deutschkenntnisse haben; gewöhnlich sind diese Kinder in Deutschland eingeschult worden.
- Intensivkursklassen sind für Ausländerkinder vorzusehen, deren Eltern hierbleiben wollen, die aber noch mangelnde deutsche Sprachkenntnisse besitzen. Der schnellstmögliche Übergang in eine Regelklasse soll dadurch ermöglicht werden. Bei dieser Gruppe dürfte es in der Regel um sogenannte "Seiteneinsteiger" gehen.

- Zweisprachige Klassen sind für Ausländer anzubieten, deren Eltern dies wünschen, z. B. zur Bewahrung ihrer nationalen Identität oder wegen der geplanten Rückkehr in das Heimatland. Ein Umsteigen in Regelklassen ist in regelmäßigen Abständen zu ermöglichen.
- Die CDU befürwortet, daß "Deutsch" oder die Muttersprache als erste Fremdsprache gewählt werden können. Bei den islamischen Schülern ist in besonderer Weise die Zugehörigkeit zu ihrer Religion und einer anderen Hochkultur zu berücksichtigen.
- Im Interesse der deutschen und ausländischen Kinder muß in Klassen mit hohem Ausländeranteil kurzfristig eine höhere Lehrerrzuweisung erfolgen.
- Eine wesentliche Verbesserung der Lehrerausbildung muß in der ersten und zweiten Phase sowie in der Lehrerfortbildung im Bereich der Ausländerpädagogik, im besonderen "Deutsch für Ausländer", ggf. unter Freistellung bereits tätiger Lehrer, erfolgen.
- Die Schulaufsicht muß durch den Einsatz von Fachberatern für Ausländerfragen und sachkundige Schulaufsichtsbeamte verbessert werden.

Die berufliche Ausbildung ausländischer Jugendlicher soll durch folgende Maßnahmen gesichert werden:

- Bestmögliche Aufklärung und Berufsberatung, um das Informationsdefizit bezüglich der beruflichen Bildung zu beheben. Dies muß unter Einbeziehung der ausländischen Eltern bereits im allgemeinbildenden Schulwesen einsetzen.
- Für "Seiteneinsteiger" in der beruflichen Bildung müssen zusätzliche Maßnahmen zum raschen Erlernen der deutschen Sprache ergriffen werden.
- Für das Berufsvorbereitungsjahr müssen den Schulen von fachkundiger Seite erarbeitete Lehrpläne unter besonderer Berücksichtigung der "Seiteneinsteiger" zur Hand gegeben werden.
- Auch in den Berufsschulen wird für die ausländischen Auszubildenden eine besondere Lehrerrzuweisung erfolgen.
- Neben Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung von Ausländern sind Maßnahmen in die Wege zu leiten, die Anreize zur Rückführung bieten mit dem Ziel, daß die in Deutschland erreichte Qualifikation den Ausländern Strukturverbesserungen in deren Heimatländern ermöglicht.

3. Eingliederungsbedingungen für Ausländer und ihre Familien

Im Hinblick auf die Einschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland durch die Ausländer, die Geburtenraten der bei uns lebenden Ausländer und die wachsende Zahl der Familienzusammenführungen sind die Fragen nach der Einbürgerung, dem Aufenthaltsrecht und der Mitwirkung der ausländischen Mitbürger im öffentlichen und kulturellen Leben zu beantworten:

- Das Kommunalwahlrecht für Ausländer lehnt die CDU aus verfassungsrechtlichen und allgemeinpolitischen Gründen ab.
- Auf kommunaler Ebene sollen Koordinationsstellen geschaffen werden als Anlauf-, Auskunft- und Vermittlungsstellen in sämtlichen Angelegenheiten, die ausländische Mitbürger betreffen.
- Wer nach den geltenden Gesetzen Deutscher werden kann und will, kann eingebürgert werden; eine Änderung der Einbürgerungsbestimmungen ist nicht erforderlich.
- Die Bestimmungen über die Aufenthaltsberechtigung dürfen nicht gelockert werden.
- Es müssen alle rechtlichen Maßnahmen ergriffen werden, um Mißbräuche zur Erlangung des Aufenthaltsrechts, wie z. B. durch Scheinehe oder Änderungen des Geburtsdatums, auszuschließen.
- Die Familienzusammenführung in der Bundesrepublik Deutschland soll auf das humanitär und sozial gebotene Maß beschränkt werden.
- Bei ausländischen Straftätern und politischer Radikalität müssen die die rechtlichen Instrumente der Ausweisung und Abschiebung strikte Anwendung finden.
- Ghettobildung in Ballungsräumen ist zu verhindern; der Ausländeranteil in einer Gemeinde soll die 15 Prozent-Grenze nicht übersteigen.
- Die Verbesserung des Miteinander in der Freizeit ist neben dem Arbeitsplatz ein Schwerpunkt aktiver Integrationspolitik.
- Die Mitwirkung in Kultur- und Sportvereinen ist zu fördern.
- Den freien Trägern der Jugendarbeit und den Jugendverbänden kommt eine besondere Verantwortung zu, ausländische Jugendliche durch gezielte Ansprache aus ihrer Isolation herauszuholen und zur Mitarbeit zu bewegen. Solche besonderen Bemühungen sind zu unterstützen.

4. Asylmißbrauch unterbinden und Verfahren beschleunigen

Das im Grundgesetz verbriefte Recht auf politisches Asyl ist in den letzten Jahren in zunehmendem Maße von Ausländern mißbraucht worden, die aus Gründen wirtschaftlicher Not in unser Land kamen und kommen. Die Anzahl der Asylbewerber im Bundesgebiet ist zwar im Jahr 1982 auf 37 000 abgesunken, trotzdem sind dies doch zehnmal soviel wie Anfang der 70er Jahre. Es dauert immer noch mehrere Jahre, bis über einen Asylantrag von den Behörden und Gerichten endgültig entschieden ist. So sind z. Z. etwa 50 000 Klagen auf politisches Asyl im Bundesgebiet anhängig, davon ca. 4 000 bei den für Hessen zuständigen Verwaltungsgerichten. Über 90 % der Anträge auf Asyl werden nach wie vor abgelehnt, da eine politische Verfolgung bei diesen Personen nicht vorliegt.

Die Kosten, die für Asylbewerber jährlich vom Steuerzahler aufgewandt werden müssen, liegen allein in Hessen bei weit über 100 Millionen DM. Die Städte Frankfurt und Offenbach sind von dem Asylanstrom in besonderer Weise betroffen.

Für eine von der CDU geführte Landesregierung gilt, daß Art. 16 GG, wonach jeder politisch Verfolgte Asylrecht genießt, nicht eingeschränkt werden darf. Nicht zuletzt im Interesse derjenigen, die tatsächlich politisch verfolgt werden, muß jedoch erreicht werden, daß innerhalb eines Jahres rechtskräftig über einen Asylantrag entschieden wird.

Hierzu sind gesetzliche wie auch verfahrensmäßige Änderungen erforderlich, da die von der ehemaligen SPD-Bundesregierung beschlossenen Gesetzesänderungen in den Jahren 1980 und 1982 wie vorhersehbar nicht den erwünschten Erfolg bringen.

Eine CDU-Landesregierung wird sich daher für folgende Änderungen einsetzen:

- Schaffung weiterer zentraler Einrichtungen für Asylbewerber, um die hessischen Städte und Gemeinden durch die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern nicht zusätzlich zu belasten und um den Asylbewerbern eine menschenwürdige Versorgung mit Nahrung, Kleidung und Wohnung zu gewährleisten.
- Beschränkung der gerichtlichen Zuständigkeit für Asylverfahren auf die Verwaltungsgerichte, in deren Bezirke die Sammelunterkünfte liegen; dort sind besondere Asylverfahrenskammern zu schaffen, um eine beschleunigte Verfahrensabwicklung zu erreichen.
- Verbot der Arbeitserlaubnis für Asylbewerber. Damit soll der Anreiz, in der Bundesrepublik Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen Asyl zu beantragen, gemindert werden. Ausgenommen von dieser Maßnahme bleiben Asylbewerber aus Ostblockstaaten.
- Asylbewerber erhalten zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes keine Sozialhilfe, sondern Naturalleistungen und Taschengeld.

- Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, denen kein Aufenthaltsrecht zusteht, sind umgehend abzuschleusen.
- Unterbindung der Tätigkeit von gewerbsmäßigen Schlepperorganisationen, die Ausländer unter Mißbrauch des Asylrechts in die Bundesrepublik Deutschland einschleusen.
- Die Vereinten Nationen müssen in allen Kontinenten und Kulturkreisen die Aufnahme von politischen Flüchtlingen sicherstellen, denn die Bundesrepublik Deutschland und andere westliche Industrienationen sind nicht in der Lage, die humanitären Defizite aller Länder der Erde auszugleichen.

VIII.

Recht, Sicherheit und öffentliche Verwaltung

1. Die Freiheit der Bürger durch Sicherheit garantieren

Grundgesetz und Hessische Verfassung verpflichten den Staat, das Leben, die Gesundheit, die Freiheit und das Eigentum aller Bürger zu schützen und Anschläge auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder auf staatliche Einrichtungen zu verhindern. Ein Staat, der diese Sicherheit nicht garantieren kann, schränkt die Freiheit seiner Bürger ein und zerstört ihr Vertrauen in die Wirksamkeit seiner Ordnung. Er lähmt das persönliche Engagement des Einzelnen, ruiniert die staatliche Autorität und weckt durch sein Versagen den Ruf nach einem autoritären Staat.

Die CDU nimmt die steigende Kriminalitätsentwicklung in Hessen mit großer Sorge zur Kenntnis. Die in Hessen registrierten Straftaten stiegen von ca. 280 000 im Jahr 1976 auf über 400 000 im Jahr 1982 an. Dabei verminderte sich die Anzahl der aufgeklärten Straftaten ständig.

Neben dieser bedrohlichen Entwicklung ist eine neue Welle gewalttätiger Ausschreitungen und politisch motivierter Anschläge von links- und rechtsradikalen Organisationen festzustellen. Die CDU verurteilt dabei auf das Schärfste die sich mehrenden Anschläge gegen US-Soldaten und deren Angehörige.

Diese Gefahren für unseren freiheitlichen Rechtsstaat wird eine von der CDU geführte Landesregierung durch eine Reihe aufeinander abgestimmter Einzelmaßnahmen abwehren:

- Vorbeugend wird die CDU dafür sorgen, daß im Unterricht an allen hessischen Schulen wieder ein an der Verfassung und an den Gesetzen orientiertes Rechtsbewußtsein bei unserer Jugend erzeugt wird.
- Wo Recht gebrochen wird - etwa durch Haus- und Bauplatzbesetzungen - muß Recht wiederhergestellt werden, und zwar schnell. Die CDU wird keine Rechtsbrüche nachträglich legalisieren oder auf andere Weise belohnen. Straffreiheit für gewalttätige Startbahngegner, wie es die GRÜNEN wollen, lehnt die CDU entschieden ab. Die CDU tritt dafür ein, daß Gewalttäter, die öffentliches oder privates Eigentum beschädigen, ausnahmslos für diese Schäden in Anspruch genommen werden müssen.
- Eine CDU-Landesregierung wird früher als bisher vor der Verwirklichung umstrittener Projekte durch umfassende Aufklärung und einen ausführlichen Dialog mit den Betroffenen versuchen, gewaltsame Auseinandersetzungen zu verhindern.

- Um eingeschränkt gilt für die CDU der Grundsatz, daß die Polizei Anspruch auf das volle Vertrauen des Staates und der politischen Verantwortlichen auch in kritischen Situationen hat. Dazu gehört der Schutz jedes einzelnen Beamten vor ungerechtfertigten Angriffen. Die CDU wird Verunglimpfungen der Polizei und der Rechtsprechung beherzt entgegentreten. Wer für die Sicherheit seiner Mitmenschen seine gesetzlichen Pflichten erfüllt, muß die Unterstützung von Parlament und Regierung haben.

- Bei der Polizei sind noch immer zu viele Beamte mit Verwaltungsarbeiten beschäftigt. Ein Beispiel hierfür ist das Wirtschaftsverwaltungsamt der hessischen Polizei. Die Organisation der Polizei muß deshalb gestrafft und von Routinearbeiten entlastet werden.

- Das Ausstellen von Strafzetteln wegen falschen Parkens oder anderer kleiner "Verkehrssünden" darf keinen Vorrang vor der Verbrechensbekämpfung haben. Aufgaben der Polizei sind der Schutz des Bürgers, die Bekämpfung der Kriminalität und die Erhaltung des Gemeinschaftsfriedens.

- Zu prüfen ist ferner die Einführung geeigneter Einsatzmittel, die die Polizei schützen und sie in die Lage versetzen, erfolgreicher und sicherer als bisher gegen gewalttätige Randalierer vorzugehen.

- Um durch die Anwesenheit der Polizei vor Ort das Vertrauen zwischen Bürgern und Polizei zu stärken, schlägt die CDU die Einrichtung von Polizeikontaktrevieren und einen verstärkten Einsatz von Fußstreifen vor.

- Die Union wird auch die Wirtschaftskriminalität wirksamer bekämpfen als dies bisher der Fall war.

2. Den Bürgern wirksamer und schneller zur ihrem Recht verhelfen

Hessens Gerichte schieben einen ständig größer werdenden Klageberg vor sich her. 170 000 Verfahren lagen Ende 1981 unerledigt bei den hessischen Gerichten. Die Folge davon ist, daß es immer länger - teilweise schon Jahre - dauert, bis ein rechtsuchender Bürger überhaupt einen Termin vor Gericht erhält. Rechtskräftig verurteilte Straftäter werden wegen Überfüllung der Haftanstalten nicht inhaftiert bzw. schon nach kurzer Zeit wieder auf Bewährung entlassen.

Ursache für diese Entwicklung ist eine Vernachlässigung der Justiz durch die Hessische Landesregierung und die sie tragenden Parteien. Eine von der CDU geführte Landesregierung wird dafür sorgen, daß der rechtsuchende Bürger wirksamer und schneller sein Recht erhält. Deshalb strebt die Union an, daß

- die Gerichte von überflüssigen Bagatellverfahren befreit werden, insbesondere dem Übermaß an Bußgeldverfahren,
- durch eine Erneuerung und Verbesserung der Gerichtsorganisation der Klageberg abgebaut wird,
- die auswärtigen Kammern des Verwaltungsgerichts Wiesbaden in Gießen in ein selbständiges Verwaltungsgericht Gießen umgewandelt werden,
- vorhandene Bußgeldtatbestände auf ihre Notwendigkeit hin überprüft und neue Bußgeldvorschriften nur mit äußerster Zurückhaltung eingeführt werden,
- rechtskräftig verurteilte Straftäter ihre Strafe auch verbüßen. Die Erlasse des Hessischen Ministers der Justiz, die eine über das Gesetz hinausgehende Haftentlassung hessischer Straftäter ermöglichen, werden mit dem Ziel der Aufhebung geändert,
- die Sprache der Gesetze und Gerichtsentscheidungen klar und dem Rechtssuchenden verständlich wird.
- unnötige und überholte Rechtsvorschriften aufgehoben werden, damit die Gesetzesflut eingedämmt werden kann.

Bei allen Verbesserungsvorschlägen ist für die CDU die Unabhängigkeit der Justiz unantastbar.

Das Petitionsrecht soll stärker als bisher in das Bewußtsein der Bürger gerückt werden. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob durch

- ein Recht auf Akteneinsicht,
- den Zutritt von Abgeordneten zu geschlossenen Anstalten und
- die Zitierung und Befragung von Verwaltungsbediensteten

das Prüfungs- und Auskunftsrecht abgesichert und verbessert werden kann.

Den Opfern von Straftaten gebührt mehr Aufmerksamkeit als bisher. Nicht nur der Straftäter darf der Hilfe, sondern erst recht das Opfer. Die CDU wird deshalb die Arbeit der Vereinigung "Weißer Ring" nach Kräften unterstützen. Zur Entschädigung der Opfer gehört auch die konsequente Heranziehung der Verantwortlichen zu Schadenersatz bei Straftaten und gewalttätigen Demonstrationen.

3. Eignung, Leistung und Verfassungstreue im öffentlichen Dienst

Leistungen des Staates für den Bürger erfordern eine verfassungstreue, bürgernahe und wirkungsvoll arbeitende Verwaltung. Deshalb ist die Eigenverantwortlichkeit und Entscheidungsfreude der öffentlichen Bediensteten durch Verlagerung der Entscheidungsbefugnis nach unten gezielt zu fördern, um das fortlaufende Abschieben von Entscheidungen auf die nächst höhere Ebene zu unterbinden. Neueinstellungen im öffentlichen Dienst sowie der Aufstieg und die Aufgabenzuweisung werden ausschließlich nach Eignung und Leistung der Beschäftigten vorgenommen. Die jahrzehntelang von der SPD geübte Parteibuchwirtschaft im öffentlichen Dienst wird es unter einer CDU-Landesregierung nicht geben

Zugang zum öffentlichen Dienst werden in Hessen nur solche Bewerber erhalten, an deren Verfassungstreue und Bereitschaft zum aktiven Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung kein Zweifel besteht. Wer die Grundlagen unseres Staates ablehnt oder einer Partei oder Organisation angehört, die nicht auf dem Boden unserer Verfassung steht, ist ungeeignet für den öffentlichen Dienst. Auch wer schon dem öffentlichen Dienst angehört, muß sich an diesen Grundsätzen messen lassen.

4. Den Schutz des Bürgers gegen äußere Gefahren verbessern

Zivilverteidigung ohne Katastrophenschutz ist sinnlos. Trotz seit Jahren beklagter Mängel in Ausrüstung, Ausbildung und finanzieller Ausstattung ist kein klares Konzept der bisherigen Landesregierung für einen zufriedenstellenden Ausbau des Katastrophenschutzes erkennbar.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich daher unter verantwortlicher Beteiligung aller Fachleute einsetzen, daß

- alle Gefahrenquellen in Hessen registriert werden,
- daran orientiert eine Aufteilung und Zuweisung von Katastropheneinheiten und -einrichtungen vorgenommen wird,
- klare und vereinheitlichte Führungsstrukturen ausgearbeitet werden,
- einheitliche Ausbildungs- und Prüfungskriterien für die Stäbe, die Einheiten und die Zusammenarbeit der Fachdienste geschaffen werden.

5. Mehr Wahlfreiheit in der Medienlandschaft

Die CDU sieht in der im Grundgesetz garantierten Meinungs- und Informationsfreiheit die Grundlage ihrer Medienpolitik. Dieses Grundrecht wird am besten verwirklicht, wenn sich der einzelne Bürger der modernen und zeitgemäßen Kommunikationsmittel bedienen kann.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, daß in der neuen Medienlandschaft ein Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten entsteht. Dazu gehört, daß das von Radio Luxemburg unter Beteiligung des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger ab 1986 geplante europäische Satelliten-Fernsehprogramm realisiert wird. Bei der zügigen Verkabelung innerhalb der Bundesrepublik sind private Initiativen zuzulassen, wenn ausreichend Nachfrage besteht und die Bundespost zu entsprechenden Investitionen nicht bereit oder in der Lage ist.

Durch die zügige Verkabelung wird die Bevölkerung in die Lage versetzt, die bereits ausgestrahlten Fernsehprogramme aus dem In- und Ausland zu empfangen.

Eine von der CDU geführte Landesregierung wird dafür Sorge tragen, daß die Einspeisung von Programmen nicht nach politischen Opportunitätsgesichtspunkten, sondern nach den technischen Möglichkeiten der Empfangsanlage erfolgt. Dabei wird eine CDU-geführte Landesregierung sich dafür einsetzen, daß neben dem Direkt-Satelliten-Rundfunk auch die technischen Möglichkeiten genutzt werden, die durch Fernmeldesatelliten zur Verteilung von TV-Programmen in Kabelverteilanlagen heute zur Verfügung stehen. Diese Möglichkeiten müssen verstärkt auch zur Förderung des europäischen Gedankens genutzt werden.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssen gründlich reformiert werden. Die politische Ausgewogenheit der Programme ist zu gewährleisten. Dazu gehören eine personelle Straffung und eine stärkere Betonung des Leistungsprinzips. Zeitverträge müssen vermehrt abgeschlossen werden. Die Befugnisse der Aufsichtsgremien gegenüber den Intendanten sind zu erweitern. Die Möglichkeit der Hörer und Zuschauer, zum Programm kritisch und wirkungsvoll Stellung zu nehmen, muß verbessert werden.

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten müssen in Zukunft verstärkte Sparmaßnahmen zur Senkung ihres Aufwandes nachweisen.

Wirtschaftlich und politisch unabhängige Zeitungen und Zeitschriften sind für die CDU unabdingbarer Bestandteil eines freien und offenen Kommunikationssystems, das es zu erhalten gilt. Um dies zu sichern, darf die Werbung im Hörfunk und Fernsehen nicht noch mehr ausgeweitet werden.

Hessen als Teil Deutschlands

1. Aufgabenerweiterung für die Bundesländer

Eine CDU-Landesregierung wird im Bundesrat die Politik des wirtschaftlichen Aufschwungs der von der CDU/CSU und F.D.P. gestellten Bundesregierung nachhaltig unterstützen. Gerade in der jetzigen Situation ist es besonders wichtig, daß Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat gemeinsam die Arbeitslosigkeit abbauen und die Wirtschaft ankurbeln.

Ziel einer CDU-Landesregierung ist es, eine stärkere Dezentralisierung von Aufgaben und ihre Rückführung in die Verantwortung der Länder zu erreichen. Der Weg der ständigen Verlagerung der Aufgaben vom Land an den Bund und die Durchdringung der verschiedenen öffentlichen Ebenen bedarf einer Änderung. Der Aufwand einer voll ausgestatteten Länderverwaltung ist für die Bürger nur erklärbar, wenn dort auch eigenverantwortlich, kostengünstig und unbürokratisch nützliche Aufgaben in großer Zahl wahrgenommen werden können. Deshalb wird die CDU darauf hinwirken, daß die vielfältigen Mischfinanzierungen wie z. B. die Gemeinschaftsaufgaben in der Hochschul- und Strukturpolitik entflochten werden.

Die Länder sind von ihrer politischen und administrativen Ausstattung her in der Lage, mehr Aufgaben, klarer, effizienter und bürgernäher wahrzunehmen, als dies heute geschieht. Die dafür notwendige Finanzausstattung muß in Verhandlungen mit dem Bund über die Verteilung der Gemeinschaftssteuern herbeigeführt werden.

Eine CDU-Landesregierung wird insbesondere für die selbständige Wahrnehmung aller Aufgaben der Schul- und Hochschulpolitik, der Strukturpolitik, des Wohnungsbaues, des Krankenhauswesens und weiter Bereiche des Umweltschutzes eintreten.

2. Sicherung des Friedens in Freiheit

Die Sicherung von Freiheit und Frieden und das Bemühen um die Verständigung der Völker bilden die wesentliche Grundlage der Politik der CDU. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft dient dem Ziel einer Vereinigung Europas. Die Europäische Gemeinschaft ist auch ein wesentlicher Ansatzpunkt für die Überwindung der Spaltung Deutschlands und des europäischen Kontinents. Die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts und damit die Sicherung des Friedens in Freiheit sind nur möglich im Rahmen des NATO-Bündnisses unter dem besonderen Schutz der Vereinigten Staaten von Amerika. Die von der CDU bewirkte Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in das NATO-Bündnis und in die Europäische

Gemeinschaft sowie die Aussöhnung mit Frankreich sind das Fundament für die längste Friedensperiode in Europa und haben sich deshalb in besonderer Weise bewährt. Auf der Basis dieser Grundsätze vertritt die CDU folgende Auffassungen:

- Mit der Bundeswehr trägt die Bundesrepublik zur Sicherheit und zum Frieden in Europa bei. Die CDU Hessen bejaht Wert und Aufgabe der Bundeswehr als Wehrpflichtarmee.
- Die CDU Hessen sieht in einer politisch gespaltenen und von einer expansiven Sowjetideologie und -rüstung bedrohten Welt derzeit keine Möglichkeit für einen waffenlosen Frieden. Die Erfüllung der Wehrpflicht ist deshalb ein wesentlicher Beitrag zur Friedenssicherung.
- Ein enger Kontakt mit den in Hessen stationierten Verbänden der Bundeswehr und der NATO-Partner ist für eine CDU-Landesregierung selbstverständlich. Freundschaftlichen Begegnungen zwischen Amerikanern und Deutschen in Hessen kommt besondere Bedeutung zu.
- Gegenüber der Sowjetunion als hochgerüsteter militärischer Macht sind jedoch allein das globale und regionale Gleichgewicht und der glaubhafte Wille zur Verteidigungsbereitschaft in der Lage, einen Krieg zu verhindern.
- Die CDU setzt sich dafür ein, daß auf der Basis eines Gleichgewichtes der militärischen Kräfte eine Abrüstung in allen Bereichen erfolgt. Nur intensive Anstrengungen zur Abrüstung können dazu beitragen, die berechtigten Sorgen vieler Bürger in unserem Land von der Vernichtungskraft moderner Waffensysteme abzubauen. Frieden schaffen mit immer weniger Waffen ist das Ziel der CDU.
- Um den zivilen Bevölkerungsschutz durch Schutzraumbauten und die medizinische Versorgung im Katastrophen- und Verteidigungsfall zu verbessern, wird eine CDU-Landesregierung über den Bundesrat entsprechende Initiativen ergreifen.
- Besondere Bedeutung für Hessen als Land an der innerdeutschen Grenze kommt der Zusammenarbeit mit dem Bundesgrenzschutz zu. Der Schwerpunkt seiner Aufgabe liegt nach wie vor beim grenzpolizeilichen Schutz des Bundesgebietes.
- Der Bundesgrenzschutz ist uneingeschränkt mit dem erforderlichen und geeigneten Material und den entsprechenden Mitteln auszustatten, um seine Aufgaben auch im Katastrophenschutz, bei Notstandsfällen und im Spannungs- und Verteidigungsfall voll erfüllen zu können.
- Die Reisen junger Menschen in die "DDR" sollen stärker gefördert werden.
- Die CDU wird der staatsbürgerlichen Information über die Situation an der innerdeutschen Grenze verstärkter Gewicht verleihen.

3. Den Gedanken zur Wiedervereinigung wachhalten

Hessen steht als Teil der Bundesrepublik Deutschland in einer fortwährenden und unlöslichen Verantwortung und Verpflichtung für alle Deutschen. Aus diesem Grund begrüßt die CDU ausdrücklich den in der Hessischen Verfassung verankerten Auftrag an alle Bürger dieses Landes, sich für Freiheit und Einheit des ganzen deutschen Volkes einzusetzen. Zur Erfüllung und Unterstützung dieses verfassungsrechtlichen Auftrages setzt sich die Hessische CDU dafür ein, daß

- Verhandlungen und Vereinbarungen mit der "DDR", die das Leben in unserem geteilten Land erleichtern, fortgeführt werden,
- alle Verbindungen, die dem gemeinsamen Willen zur geschichtlichen und politischen Einheit der deutschen Nation entspringen und ihm dienen, gefördert werden,
- das politische Ziel der Wiederherstellung staatlicher Einheit von allen Verfassungsorganen der Bundesrepublik verfolgt wird,
- der Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachgehalten und nach außen beharrlich vertreten wird sowie alles unterlassen wird, was die Wiedervereinigung vereiteln könnte,
- fundamentale Grund- und Menschenrechte in den anderen Teilen Deutschlands nicht verletzt werden,
- bei Verhandlungen mit der "DDR" auf die Durchsetzung der Menschenrechte hingewirkt wird, insbesondere darauf, daß der Schießbefehl, die Schießautomaten sowie die Verminung der Zonengrenze verschwinden,
- das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk sowie die staatliche Einheit Deutschlands im Rahmen einer Friedensordnung für Europa verwirklicht werden.

Notizen.



Faint, illegible text covering the majority of the page, appearing to be bleed-through from the reverse side.





Verantwortlich: CDU-Landesverband Hessen
Biebricher Allee 29, 6200 Wiesbaden
Druck: DLZ Wiesbaden